



ISSN 0935-1019

informiert



Verband der Lehrer Hessen

Mitteilungsblatt für hessische Lehrkräfte

Aus dem Inhalt:

Ein gewisser Druck in der Schule ist wichtig

Kauder will befristete Lehrerverträge abschaffen

„Guten Morgen, Herr Harbsmeyer“

3/17
September

Inhalt

Vorwort	3
Pressemitteilung des VDL Hessen	4
DLH Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat	
– Arbeitszeitreduzierung – neue Pflichtstundenverordnung	5
– OAVO – Oberstufen- und Abiturverordnung	5
– Einstellung der Lehrkräfte in den Vorbereitungsdienst	5
– Weiterbildungskurse zum Erwerb des Lehramts an Grund- und Förderschulen.....	6
– Entwicklung des Schulsports in Hessen	6
– Anrechnungsstunden für Ausbilderinnen und Ausbilder	6
– Sachstand Großprojekt PPB (Planungssystem Personal und Budget) .	7
Aus dem Kultusministerium	
– Lehrerversorgung und Unterrichtsqualität in herausfordernden Zeiten ..	7
– Übersicht über die allgemeinen Einstellungschancen in den hess. Schuldienst	10
– „sozialgenial – Schüler engagieren sich“	12
VDR Bundesvorsitzender Jürgen Böhm: „Neu gewählte Koalition in NRW in der Pflicht“	13
Hessen startet neue Fortbildung zur Integration	14
DL Deutscher Lehrerverband	
Heinz-Peter Meidinger übernimmt Präsidentschaft von Josef Kraus	15
Ein gewisser Druck in der Schule ist wichtig.....	16
Tipps, Hinweise, Informationen	
Buchtipp: Survival für Lehrer	17
„Guten Morgen, Herr Harbsmeyer“	17
Schule zwischen Föderalismus und Zentralismus	19
Presseerklärung VNL/VDR: „Unterricht light“ schadet Schülerinnen und Schülern	21
Kauder will befristete Lehrerverträge abschaffen.....	21
Bildung in Deutschland gelingt nur mit vielfältigen Wegen für junge Menschen	22
Studie: Viel mehr Medienkonsum als Sport bei Jugendlichen	22
Hohe Anerkennung der Bevölkerung für den Lehrerberuf.....	23
Landesfrauentag des dbb Hessen bestätigt Sonja Waldschmidt	23
Beitrittserklärung	24

Umschlagbild: Schule hat begonnen

In eigener Sache

Liebe VDL-Mitglieder, sollten sich bei Ihnen Veränderungen ergeben haben, wie z. B. neue Anschrift, neue Schule, Namensänderung wegen Heirat, Kontoänderung, Änderung des Dienstverhältnisses (volle Stelle, halbe Stelle, sonstige Teilzeitbeschäftigung), so teilen Sie uns das bitte umgehend mit, und zwar an Tina Horneff, Wolfsweg 29, 61462 Königstein, Telefon: 0 61 74/94 85 45, E-Mail: mitgliederbetreuung@vdl-hessen.info.

Vielen Dank!

Impressum

VDL informiert wird herausgegeben vom
Verband der Lehrer Hessen

Die Schriftleitung behält sich das Recht vor, unverlangt zugesandte Beiträge zu kürzen oder abzulehnen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Landesvorsitzender:

Jörg Leinberger
Vorsitzender des VDL Hessen
Mainstraße 24
63329 Egelsbach
E-Mail: j.leinberger@web.de

Chefredakteur und Anzeigenverwaltung:

Markus Kaden
Querstraße 19
63065 Offenbach
Telefon: (0 69) 20 16 29 91
E-Mail: markus.kaden@gmx.net

Ständiger Mitarbeiter:

Heinz Klein
Pfungstbornstraße 27
61440 Oberursel
Telefon: (0 61 71) 7 41 26
E-Mail: heinzklein63@aol.com

Mitgliederverwaltung:

Tina Horneff
Wolfsweg 29
61462 Königstein
Telefon: (0 61 74) 94 85 45
E-Mail: mitgliederbetreuung@vdl-hessen.info

Gestaltung und Druck:

Druckerei Chmielorz GmbH
Ostring 13
65205 Wiesbaden



Redaktionsschluss für

Nr. 4/2017 ist der 27. 10. 2017

Liebe Kolleginnen und Kollegen!



Markus Kaden

Die Sommerferien sind nun schon eine Weile herum, der Alltag hat Sie wieder. Wir hoffen, dass Ihnen der Start ins neue Schuljahr geglückt ist.

Sah es vor einigen Jahren auf dem Stellenmarkt für Lehrer, je nach Fach, noch ziemlich trostlos aus, so ist man nun als frisch gebackener Lehrer in einer zunächst einmal deutlich komfortableren Situation. Besonders an Grund- und Förderschulen ist die Nachfrage nach Lehrern deutlich höher als das Angebot.

Inwiefern sich das auch auf die Arbeitsbedingungen niederschlagen wird, bleibt abzuwarten. Insbesondere den Befristungswahn werden wir im Auge behalten und schauen, ob die vollmundigen Versprechungen, wonach es Lehrern künftig erspart werden sollte, in den Sommerferien den demütigen Gang zum Arbeitsamt anzutreten. Auch unserer Forderung, Grundschullehrkräften A13 anzubieten, werden wir Nachdruck verleihen.

Zum 1. Januar kommenden Jahres dürfen (nahezu) alle Landesbediensteten den öffentlichen Personennahverkehr wie versprochen kostenlos nutzen. Nun sind einige Details bekannt geworden, nachdem bis vor den Sommerferien noch einiges nebulös erschien. Die wichtigsten Punkte haben wir zusammengefasst:

1. Man bekommt ein solches „LandesTicket“ rechtzeitig durch die Dienststelle zugestellt. Eine Antragstellung ist nicht nötig.
2. Gültig ist das Ticket immer nur in Verbindung mit einem Personalausweis. Es wird also keine speziellen Dienstaussweise für Lehrer geben.

3. Es gilt rund um die Uhr in ganz Hessen und einigen angrenzenden Bereichen (z. B. Mainz). Nach 19 Uhr und samstags sowie sonntags besteht auch eine Mitnahmeregelung wie bei Monatskarten ebenfalls üblich.
4. Für Pensionäre gibt es leider keine Freifahrt, wohl aber für vorübergehend Beurlaubte (Elternzeit, Sabatjahr usw.)
5. Anders als beim JobTicket sind keine Zuzahlungen nötig, außer Zuschläge für 1. Klasse-Nutzung, Nachtbusse u. ä.
6. Wer den Nahverkehr nicht nutzen kann oder möchte, kann die Entfernungspauschale nach wie vor als Werbungskosten geltend machen.

Es kommt nicht oft vor, dass wir unseren Dienstherrn loben können. Das LandesTicket ist, so scheint es, da eine rühmliche Ausnahme. Bleibt die Hoffnung, dass wir noch öfter über positive Entwicklungen berichten können.

Herzlichst Ihr

WIR HÖREN NICHT AUF ZU HELFEN. HÖREN SIE NICHT AUF ZU SPENDEN.

Leben retten ist unser Dauerauftrag: 365 Tage im Jahr, 24 Stunden täglich, weltweit. Um in Kriegsgebieten oder nach Naturkatastrophen schnell und effektiv handeln zu können, brauchen wir Ihre Hilfe. Unterstützen Sie uns langfristig: Werden Sie Dauerspender.

www.aerzte-ohne-grenzen.de/dauerspender

Spendenkonto • Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE72 3702 0500 0009 7097 00 • BIC: BFSWDE33XXX



Südsudan +++ Flüchtlingslager Batil +++
Gandhi Pant (47) +++ Krankenpfleger aus
Australien +++ 2. Mission +++ 300 Patienten
pro Tag +++
© Nichole Sobecki

Pressemitteilung des VDL Hessen vom 15. August 2017

„Universitäre Ausbildung anpassen und Arbeitsbedingungen für Grundschullehrkräfte verbessern – ein Plädoyer für mehr Wertschätzung“

„Die Grundschullehrerinnen und -lehrer in Hessen leisten einen großartigen Job“, erklärt der Landesvorsitzende Jörg Leinberger. „Ständig steigen die Anforderungen im Lehrerberuf, die Heterogenität der Schüler nimmt ebenso zu wie die Verwaltungsarbeit. Eltern kann man nur noch schwer für die schulische beziehungsweise die eigentliche Erziehungsarbeit gewinnen.“ Leinberger erläutert weiter, dass Ganztagschulen, Inklusion und Integration von Quereinsteigern/Flüchtlingen den Lehrkräften Kompetenzen abverlangen, die in der bisherigen universitären Ausbildung von Grundschullehrkräften nicht in ausreichendem Maße vermittelt wurden.

Der **VDL Hessen** sieht daher als wichtigste Aufgabe die **Umstellung der Universitätsausbildung für Grundschullehrkräfte**, um auf die veränderte schulische Realität zu reagieren und die Studierenden auf die Herausforderungen der Lehrtätigkeit angemessen vorzubereiten. „Mit einer sinnvollen Anpassung bzw. Verlängerung der Studieninhalte und der Studienzeit ist dann automatisch auf der Grundlage des aktuellen Beamtenrechts die Vergleichbarkeit mit anderen Lehramtsabschlüssen sowie die Einstufung in die Besoldungsgruppe A 13 gegeben“, resümiert der Landesvorsitzende. „Zur Erhöhung der Attraktivität dieses so wichtigen Berufes, dessen Bedeutung für den Bildungsstandort Deutschland gar nicht überschätzt werden kann, reicht es meines Erachtens nämlich nicht, nur medienwirksam nach mehr Gehalt zu rufen.“

Nach einer Veränderung der universitären Ausbildung sollte dann die Landesregierung allen bereits verbeamteten Grundschullehrkräfte, die nachweislich schon seit Jahren im Spannungsfeld Grundschule großartige Arbeit leisten, die Möglichkeit eröffnen, ebenfalls in die Besoldungsstufe A13 zu gelangen. Dies könnte durch die Option einer Erweiterungsprüfung mit schriftlicher Hausarbeit erfolgen. „Eine solche Möglichkeit wurde vor Jahrzehnten seitens der Landesregierung für die hessischen Hauptschullehrkräfte angeboten. Durch eine Wiederauflage des Angebots könnte man einer Ungleichbehandlung entgegengehen“, meint der stellvertretende Landesvorsitzende, Tobias Jost.

Neben der notwendigen Verbesserung der Lehrerausbildung und der damit einhergehenden Vergütung sind nach Auffassung des **VDL Hessen** weitere Schritte dringend erforderlich:

Zum ersten muss den gestiegenen inhaltlichen Anforderungen an Grundschullehrkräfte durch eine **deutliche Reduktion der Pflichtstunden** Rechnung getragen werden. Die Verpflichtung zu 29 Pflichtstunden pro Woche ohne Deputate zur Koordination mit Fachdiensten (überregionale und regionale Beratungs- und Förderzentren, Einrichtungen der Jugendhilfe, Kinder- und Jugendpsychiatrie, etc.), zur Erstellung und Abstimmung von Hilfe- und Förderplänen sowie der umfangreichen Elternarbeit ist deutlich zu hoch und wenig wertschätzend für die geleistete Arbeit mit der heterogensten Lerngruppe im Schulsystem.

Ferner müssen **Grundschulleiterinnen und -leiter sowie deren Stellvertreter** für die umfangreiche Verwaltungsarbeit, die sie leisten, durch **angemessene Deputate** entlastet werden. Die derzeitigen Sockeldeputate werden den umfassenden Aufgaben, die auch an kleinen Schulen immer mehr werden, schon lange nicht mehr gerecht.

Schließlich ist es notwendig, die Schulleitungen durch eine **umfangreiche, stundenmäßige Erhöhung der Verträge von Verwaltungsangestellten/Schulsekretariatsstellen** zu entlasten. Die Anzahl der für die Sekretariate vorgesehenen Stunden ist so knapp bemessen oder auf so viele Schulen verteilt, dass die Schulleitung und die Lehrkräfte neben ihrer eigentlichen Aufgabe – möglicherweise auch noch außerhalb der regulären Wochenarbeitszeit – noch solche Verwaltungsaufgaben übernehmen müssen, die sehr viel effizienter durch entsprechende Fachkräfte geleistet werden könnten.

Der **VDL Hessen** fordert daher ein **angemessenes Gesamtpaket zur Unterstützung und Aufwertung der Grundschularbeit**. In den Grundschulen wird die Basis gelegt für den Erfolg der Bildungskarrieren aller Schülerinnen und Schüler in Hessen. „Jeder Euro, der hier investiert wird, ist gut angelegtes Geld, das seine Rendite in Form von besseren Bildungsabschlüssen und damit von qualifizierteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in sich trägt“, schließt der Landesvorsitzende Leinberger. Kerstin Jonas



Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat

Inhalt der dlh-Nachrichten III – 2017

- **Arbeitszeitreduzierung – neue Pflichtstundenverordnung**
- **OAVO – Oberstufen- und Abiturverordnung**
- **Einstellung der Lehrkräfte in den Vorbereitungsdienst**
- **Weiterbildungskurse zum Erwerb des Lehramts an Grund- und Förderschulen**
- **Entwicklung des Schulsports in Hessen**
- **Anrechnungsstunden für Ausbilderinnen und Ausbilder**
- **Sachstand Großprojekt PPB „Planungssystem Personal und Budget“**

Arbeitszeitreduzierung – neue Pflichtstundenverordnung

Mit der Angleichung der Arbeitszeit auf die 41-Stunden-Woche bei den Beamten ging gleichzeitig im Lehrerbereich eine neue Pflichtstundenverordnung einher. Diese bedeutet eine Absenkung der Pflichtstundenzahl um 0,5 für die Beamten, die seither eine 42-Stundenwoche hatten. In der Wahrnehmung vieler war damit verbunden, dass mit der Einigung auch für alle hessischen Lehrkräfte eine Absenkung der Pflichtstunden erfolge. Dies ist aber nur für diejenigen Kollegen der Fall, die von der Mehrarbeitsverpflichtung, die seit 2003 gilt, betroffen sind. Das bedeutet, eine ‚reale‘ Pflichtstundenreduzierung erfolgt nur bis zu einem Lebensalter von 50 Jahren; die 50- bis 60-jährigen Kolleginnen und Kollegen unterrichten nicht weniger als vorher, aber ihnen wird zumindest neuerdings eine halbe Pflichtstunde auf das Lebensarbeitszeitkonto (LAK) gutgeschrieben. Damit wird allerdings die Arbeits- und Belastungssituation für viele hessische

Lehrkräfte weniger verbessert als zunächst vermutet. Zumal bzgl. der Arbeitszeitregelung Hessen immer noch zur Spitze im Vergleich der Bundesländer gehört. Dass Lehrverbände und -gewerkschaften deshalb eine generelle Senkung der Pflichtstundenzahl fordern, ist angesichts der Arbeitsverdichtung und Arbeitsbelastung nicht verwunderlich.

Der HPRLL und der **dlh** sind der Auffassung, dass mit der Novellierung der Pflichtstundenverordnung weit aus deutlichere Schritte hätten unternommen werden können, um in der Frage der übermäßig langen Wochenarbeitszeit eine Trendwende einzuleiten. Der **dlh** wie der HPRLL fordern, dass es angesichts der gestiegenen Belastungen in allen schulischen Bereichen und Funktionsebenen notwendig ist, über die Anrechnung von Deputatsstunden für Entlastung zu sorgen. Hierbei sind neben der Reduzierung der Wochenpflichtstunden beispielsweise die Erhöhung des Schuldeputats oder die Anrechnungsstunden für Oberstufenunterricht zu nennen.

Dennoch kann es als ein Erfolg bezeichnet werden, dass das Lebensarbeitszeitkonto weiterhin erhalten bleibt und bis zum 60. Lebensjahr erweitert wurde. Der geplante Wegfall des Lebensarbeitszeitkontos hätte dazu geführt, dass die Kolleginnen und Kollegen zukünftig wieder das volle Halbjahr, in dem sie in den Ruhestand eintreten, arbeiten müssen. So kann diese Mehrbelastung im Lehrerbereich weiterhin durch Inanspruchnahme des Lebensarbeitszeitkontos abgefangen werden.

Der **dlh** wünscht sich allerdings eine flexiblere und transparentere Anwendung des Lebensarbeitszeitkontos. Vielen Kolleginnen und Kollegen sind die Nutzungsmöglichkeiten und -bedingungen, die das Lebensarbeitszeitkonto bietet (z. B. Stundenreduktion, Verlängern von Elternzeiten, Abgelten des zu leistenden Unterrichts bis zur Pensionsgrenze), nicht bewusst. Oft fehlt auch die Kenntnis darüber, wie und an welcher Stelle man über das Lebensarbeitszeitkonto verfügen kann.

OAVO – Oberstufen- und Abiturverordnung

Die Oberstufen- und Abiturverordnung wurde erst vor gut einem Jahr novelliert. Somit ergaben sich bei dieser Novelle wenige Änderungen, die vornehmlich redaktioneller Art waren. Der HPRLL verzichtete auf eine mündliche Erörterung mit der Dienststelle und gab seine Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens schriftlich ab. Bei den wenigen inhaltlichen Punkten (verbindlich zu wählende Leistungskurse, Täuschung und Täuschungsversuche, Aufsichtsführung und Nichtschülerabiturprüfungen) ist es für den **dlh** wenig ersichtlich, warum zum jetzigen Zeitpunkt erneut eine Novelle vorgelegt wurde. Änderungsbedarf wurde durchaus vor einem Jahr gesehen. Der **dlh** verweist auf die Stellungnahmen, die seinerzeit durch seine Gliedverbände abgegeben wurden. Die dort genannten Punkte, wie z. B. die Vorlage des amtsärztlichen Attestes, sind nach wie vor unberücksichtigt geblieben.

Der **dlh** erinnert an dieser Stelle an die damals dringliche Einführung. Sie führte dazu, dass die Regelungen zur Bewertung von schriftlichen Arbeiten in den modernen Fremdsprachen, die eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen betrafen, bereits seit Beginn des Schuljahres für die Einführungsphase gelten. Da diese den Kolleginnen und Kollegen aber erst im Amtsblatt 08/2016 zugänglich gemacht wurden, herrschte eine große Verwirrung, wie mit der Regelung umzugehen sei. Der **dlh** meint, dass auch solches Handeln mit zu einer hohen Belastung der Lehrerinnen und Lehrer beiträgt.

Einstellung der Lehrkräfte in den Vorbereitungsdienst

Auffällig ist in den Kommissionssitzungen zum letzten Einstellungstermin weiterhin, dass bei den Lehrämtern Grundschule, Förderschule und Haupt- und Realschule der Lehrermangel immer deutlicher sichtbar wird. Im Grundschul- und im Förderschulbereich wurden alle Bewerberinnen und Bewerber eingestellt; im Haupt- und Realschulbereich gab es

einige nicht wunschgemäße Einstellungen. Begründet wurde dies damit, dass z. B. Frankfurt wegen der hohen Grundschulzuweisung nur wenige LiV erhalten habe.

In den beiden Bereichen des Lehramtes für Haupt- und Realschule und berufliche Schule gibt es Angebote für den Quereinstieg in den Mangelfächern. Im gymnasialen Bereich ist eine einstellige Zahl Quereinstiege in „Mangelfachbündeln“ angeboten worden. Die Mangelfachbündel im Gymnasialbereich sind Bündel 1: Musik, Deutsch als Fremd- und Zweitsprache, Physik, Informatik, Bündel 2: Chemie und Evangelische Religion und Bündel 3: katholische Religion, Philosophie, Ethik.

Positiv für die Schwerbehindertenvertretung war bei diesem Termin, dass alle LiV mit Schwerbehinderung wunschgemäß zugewiesen wurden.

Zum Ausblick meint der **dlh**, dass die momentane Situation, günstige Einstellungs- und Aufnahmebedingungen in Grund- und Förderschulen vorzufinden, noch einige Zeit erhalten bleiben wird. Im gymnasialen Bereich sieht es weiterhin, bis auf die Fächer die zu den o. g. Mangelfachbündeln gehören, nicht besonders gut aus. Hier kann aus Sicht des **dlh** nur dann Abhilfe geschaffen werden, wenn sich die Rahmenbedingungen entsprechend ändern. Dies könnte z. B. durch die Rücknahme der Kürzungen in der gymnasialen Oberstufe, die Absenkung der Klassengrößen oder die Staffelung der Anrechnung von Deputatsstunden in der gymnasialen Oberstufe erreicht werden.

Weiterbildungskurse zum Erwerb des Lehramts an Grund- und Förderschulen

Mit den durch das Kultusministerium initiierten Weiterbildungskursen zum Erwerb des Lehramts an Grund- und Förderschulen erfolgte ein weiterer Schritt der obersten Dienststelle, um den akuten Lehrkräftemangel an Hessens Grund- und Förderschulen zu lindern. Man kann in diesem Fall aber nur von einer „sanften Linde-

rung“ sprechen, denn letztlich bleiben die beiden Kurse mit ihren Absolventinnen und Absolventen für den Moment ein Tropfen auf dem heißen Stein der personellen Unterversorgung.

Schon vor geraumer Zeit begab sich das Hessische Kultusministerium auf den Weg, um Weiterqualifizierungen zur Grund- oder Förderschullehrkraft anzubieten. Bisher gab es hierfür Deputate, die es erlaubten, sich auf ein Zweitstudium zu fokussieren. Mit der Neuauflage der Weiterbildung entwickelte die Dienststelle ein Rahmenprogramm, das inhaltlich als „sportlich“ bezeichnet werden darf: man erwirbt die Lehrbefähigung berufsbegleitend im Turbo-Gang. Nach Verhandlungen mit der Dienststelle gibt es hierfür zumindest einen freien Tag pro Woche für die Teilnehmenden, an dem sie sich in die neue Materie einarbeiten können. Bleibt zu hoffen, dass dies ausreichend ist, um z. B. gerade den Anfangsunterricht an der Grundschule adäquat erteilen zu können. Grundsätzlich sind die Inhalte, die in den Weiterbildungskursen vermittelt werden sollen, absolut passend und schlüssig. Die Frage bleibt allerdings, ob die Bestandteile eines Vollzeitstudiums berufsbegleitend tatsächlich so rasch zu erlernen sein können.

Die Bewerberzahlen für den Weiterbildungskurs Grundschule blieben wohl etwas hinter den Erwartungen bzw. Hoffnungen zurück, denn in einigen Schulamtsbezirken wurden die Stellen bereits aufgrund fehlender Bewerbungen neu ausgeschrieben. Ganz im Gegenteil zu den Stellen für den Weiterbildungskurs Förderschullehramt. Hier scheint es – nach inoffiziellen Stichproben in einzelnen Schulämtern – mehr Bewerbungen als Stellen zu geben. Ein Schelm, wer nun denken könnte, dass die Besoldung A13 verlockender sei als nur A12. Auf diese Krux wurde das Ministerium mehrfach hingewiesen. Jedoch bleiben bei dieser Thematik die Hände der Entscheidungsträger – leider – gebunden: ohne eine Veränderung der universitären Ausbildung wird sich daran auch nichts ändern können. Da-

her sei hier noch – aus dem Blickwinkel des VDL Hessen – der Appell angebracht, das Grundschullehramt allein schon dadurch attraktiver zu gestalten, indem man den universitären Ausbildungsgang anpasst – an die inklusiven Bedingungen und veränderten Arbeitsstrukturen in der heterogenen Schülerschaft.

Entwicklung des Schulsports in Hessen

Hier hatte der HPRLI einige Fragen, die im Laufe des Schuljahres gesammelt wurden. Diese bezogen sich unter anderem auf den Organisationserlass vom 30. April 2014 und dessen Ausführung. Auch die Anrechnungsstunden für Schulsportkoordinatoren gaben Anlass, Fragen an das HKM zu formulieren. Nicht nur die betroffenen Schulsportkoordinatoren interessierten sich für strukturelle Änderungen und damit für ihre Arbeitsbedingungen, sondern auch alle Sportbegeisterten und am Schulsport Interessierten wollten wissen, wie sich der Schulsport in Hessen entwickeln soll. Der HPRLI griff dieses Anliegen auf und trug es an das HKM heran. Der **dlh** ist der Auffassung, dass die Information über zukünftige und aktuelle Arbeitsbedingungen ein berechtigtes Anliegen ist. Er tritt an dieser Stelle für Klarheit und Transparenz ein. Leider gab es bis Redaktionsschluss der **dlh**-Nachrichten noch keine Antwort des HKM.

Anrechnungsstunden für Ausbilderinnen und Ausbilder

Im Zuge des Bekanntwerdens der Arbeitszeitverkürzung von 42 auf 41 Stunden gab es geplante Veränderungen des Umrechnungsfaktors zur Änderung der Arbeitszeiten für Ausbilderinnen und Ausbilder.

Der HPRLI war verwundert, weil noch keine neue Arbeitszeitverordnung in Kraft getreten war, in der die Umrechnungsfaktoren von Zeitstunden zu Unterrichtsstunden neu definiert wurden. Es wurde herausgearbeitet, dass das HKM den Personen, die der Pflichtstundenverordnung

unterliegen, ein entsprechendes Regelwerk zur Verfügung stellen wollte. Verwunderlich war für den HPRL auch, dass die Faktoren sich mit der Anpassung auf die 41-Stunden-Woche teils verschlechterten. In vorauseilendem Gehorsam war bereits eine Verfügung bzgl. neuer Anrechnungsfaktoren im Umlauf, die nun korrigierend ersetzt werden musste. Im Nachgang stellte sich zudem heraus, dass bereits Planungstools an die Seminarleitungen herausgegangen waren. Diese musste das HKM ebenfalls auf die bisherigen Umrechnungsfaktoren korrigieren. Der dlh hält diese Vorgehensweise für nicht zielführend und nicht verantwortungsbewusst.

Sachstand Großprojekt PPB „Planungssystem Personal und Budget“

Beim Sachstandsbericht durch das HKM wurde die Anwendung „Planungs- und Steuerungshilfe“, die der Mittelbewirtschaftung, der Haushaltsplanung, der Haushaltsüberwachung und als Finanzbericht für die Schulen dient, betrachtet. Hierbei kam es dem HPRL besonders auf die Erläuterung der Schnittstellen und damit verbunden den Austausch von personalrelevanten Daten zwischen den verschiedenen (SAP-)Systemen an. Der Datenschutzbeauftragte hatte im Vorfeld keine datenschutzrechtlichen Bedenken bezüglich der Nutzung dieser neuen Anwendung von PPB geäußert. Die Schnittstelle „Sachausgaben“ wurde getrennt von der Schnittstelle „Personalausgaben“ im neuen Modul implementiert.

Der dlh hofft, dass mit der Einführung der neuen Anwendung einiges an Verwaltungsvereinfachung mit einhergeht und die frühere händische Pflege von Excel-Tabellen, deren Austausch unter datenschutzrechtlichen Aspekten sehr kritisch beobachtet wurde, in diesem Bereich von nun an beendet ist. Damit ist ein Schritt hin zu einer Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens im Sinne der Kolleginnen und Kollegen getan.

Jürgen Hartmann

Aus dem Hessischen Kultusministerium

Schuljahresbeginn

Lehrerversorgung und Unterrichtsqualität in herausfordernden Zeiten

Hessen hat erfolgreich gehandelt!

- **Aktuell größte Herausforderung: die Besetzung aller Lehrerstellen**
- **Stärkung der Bildungssprache Deutsch, Einführung des Grundwortschatzes**
- **Ganztagsausbau und Inklusion auch 2017/18 im Fokus**
- **Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern schreitet voran**

„Es wird wieder voller an vielen Schulen“, sagte Kultusminister Lorz kürzlich in Wiesbaden mit Blick auf die aktuelle Zahl der Schülerinnen und Schüler, vor allem aber auch mit Blick auf die weiter steigende Lehrerbilanz. So geht die Gesamtschülerzahl nicht weiter zurück, die Zahl der Erstklässler steigt weiter an und an den Schulen wird es so viele Lehrerinnen und Lehrer geben wie nie zu-

vor. „Dies versetzt uns erstmals in die Situation, dass wir bei der Auswahl der Lehrkräfte nicht mehr aus einem ordentlich gefüllten Bewerberpool schöpfen können, sondern insbesondere bei Grund- und Förderschullehrkräften um jede und jeden, der oder die dafür infrage kommt, intensiv werben müssen“, erläuterte Lorz auf der traditionellen Pressekonferenz zum Schuljahresbeginn. Hauptursache sei vor allem der große Zuwachs bei den Schülerzahlen im Vergleich zu dem, was vor einigen Jahren noch prognostiziert worden war. „In den vergangenen zwei Jahren hat Hessen rund 38.000 Schülerinnen und Schüler aufgenommen, die als Flüchtlinge und Zuwanderer zu uns gekommen sind.“

Diese Zahl sprengt alle mittelfristigen Prognosen für den Lehrerbedarf. Auch alle anderen Bundesländer stehen vor den gleichen Herausforderungen wie wir, nämlich alle notwendigen und neu geschaffenen Stellen auch mit Frauen und Männern zu besetzen, die unterrichten.“

Wie sieht die Lage aktuell aus? Im Schuljahr 2017/18 wird die Gesamtschülerzahl an den 1.806 öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen voraussichtlich bei rund 771.000 Schülerinnen und Schülern liegen. Damit bewegt sich die Prognose auf demselben Niveau wie im vergangenen Jahr. Die Zahl



der Erstklässler steigt weiter kontinuierlich an, liegt bei ca. 54.000 Schülerinnen und Schülern und damit gut 1.000 mehr als im Vorjahr. Dafür stehen im neuen Schuljahr insgesamt rund 53.000 Lehrerstellen zur Verfügung. Neben den 2017 zusätzlich geschaffenen 1.100 Stellen für Sprachförderung und Integration sind ab dem 1. August noch einmal 600 neue Stellen zur Kompensation der Arbeitszeitreduzierung hinzugekommen.

Personal für Grundunterrichtsversorgung an jeder einzelnen Grundschule gesichert

„Ich freue mich sehr, dass wir die Schulen mit so vielen Lehrerstellen versorgen können wie nie zuvor.“ Geld und Stellen stehen also ausreichend zur Verfügung. „Kehrseite der Medaille ist allerdings, dass wir bei der Personalgewinnung Kreativität entwickeln müssen“, erklärte der Kultusminister. Wie erwähnt ist die Herausforderung insbesondere zur Personalabdeckung bei Grund- und Förderschullehrern groß. Zum Schuljahresbeginn werden rund 100 Stellen an Grundschulen hessenweit noch nicht besetzt sein. Bei einer Gesamtzahl in diesem Bereich von rund 11.500 Lehrerstellen liegt der Anteil bei lediglich etwa 1 Prozent. Was bedeutet das?

1. Die Grundunterrichtsversorgung (100 Prozent) ist an jeder einzelnen Grundschule in Hessen gesichert. Es gibt keine Grundschule, an der der Unterricht in Deutsch, Mathematik und den anderen Fächern der Stundentafel nicht abgedeckt ist.
2. Bei einer Gesamtversorgung der Grundschulen (inkl. aller Sonderzuweisungen) von im Landeschnitt insgesamt 122 Prozent, ist 1 Prozent zum aktuellen Zeitpunkt nicht abgedeckt.
3. Das zu Anfang des Jahres initiierte Maßnahmenpaket zur Deckung der prognostizierten Lücke von bis zu 300 Stellen greift! Insbesondere die Weiterbildung von Gymnasial-, Haupt- und Realschullehrkräften für das Lehramt an Grund- oder Förderschulen

bringt qualifiziertes Personal an die Schulen!

4. Bei den Lehrerstellen, die als Sonderzuweisungen für den Sozialindex und die Ganztagsbetreuung zur Verfügung stehen, werden wir auch Sozialpädagogen, Erzieher und andere pädagogische Fachkräfte einstellen.

Im Vergleich mit anderen Bundesländern können sich diese erfolgreichen Anstrengungen mehr als sehen lassen. „Wir halten nach wie vor die Messlatte für die Qualität unserer Lehrkräfte hoch“, betonte der Kultusminister. „Um ausreichend Lehrkräfte zu gewinnen, haben wir schon zu Beginn dieses Jahres ein dreistufiges Maßnahmenpaket entwickelt und darüber hinaus auf diversen Feldern dafür gesorgt, attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen.“ So haben sich Schulämter und Lehrkräfteakademie durch aktives Werben und persönliche Ansprache darum bemüht, die in Hessen ausgebildeten Lehrkräfte hier zu halten und ihnen gesicherte berufliche Perspektiven zu bieten. „Jeder Absolvent des Lehramts an Grund- oder Förderschulen in Hessen erhält sofort ein Einstellungsangebot, Absolventen mit Gymnasial-, Haupt- oder Realschullehramt, die bislang noch keine Anstellung gefunden haben, erhalten die Möglichkeit, sich zum Grund- oder Förderschullehrer weiterzuqualifizieren. „Auf den bisherigen Erfolgen können und wollen wir uns aber nicht ausruhen. Unser Ziel ist, bis zu den Herbstferien die Zahl der nicht besetzten Stellen weiter zu reduzieren, wenn nicht gar jede Stelle zu besetzen“, sagte Lorz.

Studienplatzkapazitäten für Grund- und Förderschullehrkräfte um 50 Prozent erhöht

Und die Anstrengungen gehen weiter: „Wir kalkulieren damit, dass der Lehrkräftebedarf – insbesondere für das Lehramt an Grundschulen und an Förderschulen – auch in den kommenden Jahren hoch sein wird. Wir planen also nicht nur für das gerade beginnende Schuljahr, sondern weit darüber hinaus“, erläuterte der Kultusminister. Die Kurse zur Weiterbildung zum Grund- und zum För-

derschullehrer wird es auch im kommenden Jahr wieder für Neueinsteiger geben. „Vor allem wird sich langfristig aber auch unsere Vereinbarung mit den hessischen Hochschulen bemerkbar machen, die Ausbildungskapazitäten für das Lehramt an Grundschulen und für Förderschulpädagogik um 50 Prozent oder absolut ausgedrückt um 315 Plätze zu erhöhen. Das hilft uns zwar nicht dieses und auch nicht nächstes Jahr, zahlt sich aber langfristig aus“, hob Lorz hervor. Angesicht steigender Schülerzahlen und zusätzlicher Aufgaben wie Ganztagsausbau und Inklusion werde der Lehrkräftebedarf auf absehbare Zeit hoch bleiben.

„An dieser Stelle möchte ich ganz ausdrücklich noch einmal den Leiterinnen und Leitern, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Staatlichen Schulämter sowie der Lehrkräfteakademie meinen außerordentlichen Dank aussprechen für die in den vergangenen Wochen und Monaten geleistete Arbeit und ihr Engagement bei der Findung, Einstellung und Weiterqualifizierung von Lehrkräften. Sie haben hier großartige Arbeit geleistet, und darauf setze ich auch in den kommenden Wochen“, so Lorz.

Schwerpunkt 2017/18: Verbesserung der Qualität von Schule und Unterricht

„Neben der hervorragenden Ausstattung unserer Schulen mit Lehrkräften ist mir die weitere Verbesserung der Qualität von Schule und Unterricht ein Herzensanliegen“, betonte der Kultusminister. „Denn damit schaffen wir die Grundlagen für unsere Ziele der bestmöglichen Förderung aller Schülerinnen und Schüler, für Wahlfreiheit und Chancengerechtigkeit.“ Ein Instrument war die Verabschiedung der Novelle des Hessischen Schulgesetzes, die zum 1. August in Kraft getreten ist. Außerdem bringen wir im jetzt beginnenden Schuljahr mehrere Initiativen an den Start, die entweder neu in die Erprobungsphase gehen oder zum Teil bereits in vorhergehenden Schuljahren getestet worden sind:

1. Wir wollen die Bildungssprache Deutsch stärken. Ein wesentlicher

Baustein dafür ist die Herausbildung und Stärkung der Rechtschreibkompetenz der Schülerinnen und Schüler. Sie ist eine zentrale Aufgabe von Schule, die über alle Bildungsgänge und Schulformen hinweg mit großer Ernsthaftigkeit und Professionalität verfolgt wird. Mit der Einführung eines Grundwortschatzes sollen die Lehrkräfte bei der Vermittlung von Rechtschreibkompetenz unterstützt und eine einheitliche Grundlage und Orientierungshilfe für Lehrkräfte sowie für Eltern und Schülerinnen und Schüler geboten werden. Im Schuljahr 2017/18 wird der Grundwortschatz zunächst von mindestens 53 Grundschulen landesweit erprobt.

Darüber hinaus unterstützen wir die Lehrkräfte in der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler im Lesen und in Mathematik durch die Bereitstellung der computergestützten Lernverlaufsdagnostik mit „quop“. Lehrkräfte von rund 90 Schulen haben sich neu für den Einsatz dieses Instruments gemeldet.

2. Potenzielle Schulleiterinnen und Schulleiter sollen künftig noch gezielter auf ihre herausfordernde Tätigkeit vorbereitet und auf ihrem Weg dorthin unterstützt werden. Nachdem das Programm zur Schulleiterqualifizierung in einem Pilotprojekt erfolgreich erprobt und evaluiert wurde, steht zum kommenden Schuljahr die flächendeckende Einführung in ganz Hessen an. Dabei wird es ein mehrjähriges Übergangssystem geben, bevor der erfolgreiche Durchlauf des Programms zur festen Voraussetzung für eine Bewerbung zum Schulleiter oder zur Schulleiterin gemacht wird.
3. Durch die Verankerung der Berufs- und Studienorientierung im neuen Schulgesetz erfährt die verbesserte Information für Schülerinnen und Schüler eine deutliche Aufwertung und steht damit in unmittelbarem Zusammenhang zur Neukonzeptionierung des Übergangs von der Schule in den Beruf. Hierzu gehört auch die

neue Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA), die zum kommenden Schuljahr an 26 Standorten landesweit erprobt werden wird.

Und nicht zuletzt zählt natürlich die bereits zu Anfang des Jahres in Kraft gesetzte Neuausrichtung der Fortbildung und Beratung sowie der Schulevaluation zu unserer Qualitätsoffensive.

Ganztägig, Inklusion, Sozialindex und Integration werden unvermindert ausgebaut

Daneben widmen wir uns auch weiterhin den bekannten Schwerpunktthemen der laufenden Legislaturperiode:

Ganztägig:

Im Schuljahr 2017/18 werden rund zwei Drittel aller Schulen in Hessen ganztägig arbeiten. So werden in den Pakt für den Nachmittag fünf neue Schulträgerregionen (der Landkreis Kassel, der Werra-Meißner-Kreis, der Landkreis Fulda, der Lahn-Dill-Kreis und der Landkreis Limburg-Weilburg) aufgenommen. Aus diesen sowie den 16 Regionen, die schon bisher im Pakt arbeiteten, kommen insgesamt 46 neue Schulen hinzu, so dass nun insgesamt 168 Schulen an diesem Programm für den Ausbau der Ganztagsangebote an Grundschulen teilnehmen werden. Darüber hinaus stellt das Land Hessen 2017 rund 6 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung, mit denen insbesondere die Ganztagsangebote an weiterführenden Schulen weiter ausgebaut werden können. Darunter sind auch fünf Schulen, die in das Profil 3 gehen werden, die also als gebundene Ganztagschule arbeiten werden. So stehen für das gesamte Ganztagsschulprogramm des Landes bis zu 2.590 Stellen zur Verfügung und damit rund 350 mehr als bisher.

Inklusion:

Das Konzept der inklusiven Schulbündnisse wird im Laufe des kommenden Schuljahres weiter ausgebaut und um 25 neue Bündnisse erweitert. Im Mittelpunkt steht dabei die bestmögliche Verwirklichung der

Wahlfreiheit für Eltern zwischen dem Unterricht an einer Förderschule und der inklusiven Beschulung an einer Regelschule zu wählen. Erstmals wird dabei die Zahl der für die Inklusion an der allgemeinen Schule zur Verfügung stehenden Lehrerstellen (2.378, Vorjahr: 2.172) die Zahl der Stellen an Förderschulen (2.046, Vorjahr: 2.128) deutlich übersteigen. Bereits Anfang Juni hatte Kultusminister Lorz angekündigt, dass die Zuweisungszahlen für die inklusive Beschulung künftig frühzeitig ermittelt und bekannt gemacht werden, um den Sorgen, dass nicht ausreichend Stellen zur Verfügung stehen könnten, Einhalt zu gebieten.

Sozialindex:

Wir setzen auf weitere Verbesserungen zur Stärkung der Chancengerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler. Die soziale Herkunft oder Beeinträchtigungen jedweder Art dürfen kein Kriterium für schulischen Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe sein. Die sozialindizierte Lehrerzuweisung wird daher im Schuljahr 2017/18 noch einmal um 60 Stellen auf nun 540 Stellen erhöht.

Sprachförderung und Integration:

Der Schwerpunkt des schulischen Gesamtsprachförderkonzepts entwickelt sich bei deutlich zurückgegangenen Neuzugängen an Flüchtlingen und Zuwanderern an hessischen Schulen von der Intensivsprachförderung hin zur Integration in die Regelklassen. Insgesamt werden aber noch einmal deutlich mehr Stellen (2.630) für den Gesamtbereich Sprachförderung und Integration zur Verfügung stehen als im Vorjahr (2.170). Davon werden allerdings noch nicht alle zu Beginn des Schuljahres zugewiesen, sondern erst im Laufe des Schuljahres für die Umsetzung des schulischen Integrationsplans, einschließlich der Klassenmehrbiologie aufgrund gesteigerter Schülerzahlen, und die auch künftig angedachte monatliche Nachsteuerung von Intensivklassen eingesetzt. Nach einer aktuellen Prognose rechnen wir derzeit mit rund 5.000 Schülerinnen und Schülern, die von einer Intensivklasse in

einer Regelklasse wechseln sowie 2.000 Schülerinnen und Schülern aus Intensivklassen an Beruflichen Schulen (InteA), die entweder eine Ausbildung beginnen oder in Maßnahmen oder schulische Bildungsgänge wechseln.

Islamischer Religionsunterricht erstmals in Jahrgangsstufe 5

Auch wenn der Islamische Religionsunterricht (IRU) in Hessen – vor allem in Kooperation mit dem DiTiB-Landesverband Hessen – derzeit unter besonderer Beobachtung steht, soll mit Beginn des kommenden Schuljahres den endgültigen Ergebnissen der erneuten Begutachtung nicht vorgegriffen werden. „In der schulischen Praxis gibt es nach wie vor keinerlei Beanstandungen im Hinblick auf Unterrichtsinhalte und Lehrkräfte. Wir werden daher den IRU im Schuljahr 2017/18 auch in der Jahrgangsstufe 5 und damit erstmals in den weiterführenden Schulen anbieten. Das vorliegende Kerncurriculum für die Primarstufe gilt bis einschließlich Jahrgangsstufe 6“, erklärte Kultusminister Lorz. So haben sich für das nun beginnende Schuljahr insgesamt 3.349 Schülerinnen und Schüler für den IRU angemeldet, darunter 144 in der Jahrgangsstufe 5. Sie werden von 87 IRU-Lehrerinnen und -Lehrern an 56 Grundschulen und 13 weiterführenden Schulen unterrichtet.

Ausblick: Grundschulen im Fokus der Schulpolitik

Die Arbeit an den und für die Grundschulen wird in den kommenden Wochen und Monaten, aber auch im nächsten Jahr besonders im Fokus der hessischen Schulpolitik stehen. „Wir alle in der Schulverwaltung sind uns bewusst, dass die Schulleitungen wie auch die Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen heute vor anderen Herausforderungen stehen, als das vor zehn oder 20 Jahren der Fall war“, sagte Kultusminister Lorz. Ganztägige Betreuung und Inklusion spielten vor einigen Jahren noch kaum eine Rolle an den Grundschulen. Die Mammutaufgabe der Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen ist in dieser Dimension

erst seit zwei Jahren auf die Schule zugekommen. Und nicht zuletzt müssen die Grundschulen von Jahr zu Jahr mehr Aufgaben (mit)übernehmen, die früher in den Familien erledigt wurden und den Kindern Alltags-Fähigkeiten beibringen, die sie früher schon bei der Einschulung mit in die Schule brachten. „Deshalb arbeiten wir derzeit an einem Maßnahmenpaket, wie wir die Grundschulen, d.h. die Lehrkräfte und Schulleitungen noch besser unterstützen und soweit es möglich ist, auch entlasten können. In einem ersten Schritt dahin haben wir einen Praxisbeirat für Grundschulen einberufen, um mit Schulpraktikern geeignete

Maßnahmen zu beraten und vorzubereiten.“ Insgesamt könne man aber schon heute konstatieren, dass die Herausforderung im kommenden Jahr, was die Lehrerversorgung und Stellenbesetzung angeht, nicht geringer werde. „Bei allen Herausforderungen, die vor uns liegen, haben wir die Schulen insgesamt jedoch so gut ausgestattet, dass überall im Land die Grundlagen für guten und qualitätsvollen Unterricht gewährleistet sind. In diesem Sinne wünsche ich allen Schülerinnen und Schülern sowie ihren Lehrerinnen und Lehrern einen erfolgreichen Start ins neue Schuljahr!“, so Kultusminister Alexander Lorz.

Einstellung in den Schuldienst

Übersicht über die allgemeinen Einstellungschancen in den hessischen Schuldienst

Einstellungen in den hessischen Schuldienst werden im Rahmen der verfügbaren Stellen und Mittel, nach dem schulischen Fachbedarf sowie nach Befähigung, fachlicher Leistung und Eignung der Bewerberinnen und Bewerber vorgenommen. Der größere Anteil der Stellen wird über das landesweite Ranglistenverfahren vergeben, ein kleinerer Anteil über schulbezogene Stellenausschreibungen.

Die persönlichen Einstellungschancen steigen,

- je besser die eigenen Prüfungsnoten sind,
- je geringer die Konkurrenz von Mitbewerberinnen und Mitbewerbern ist,
- mit zusätzlichen Fächern oder Lehrämtern,
- je mehr Unterrichtserfahrung man sammelt (Vertretungsverträge),



- je flexibler man bezüglich seines Arbeitsortes ist (Bewerbung hessenweit anstatt nur in einem Schulamtsbezirk),
- je aktiver man die Bewerbungsmöglichkeiten nutzt (Ranglistenverfahren und schulbezogene Stellenausschreibungen),
- mit gesuchten Zusatzqualifikationen und -interessen (besondere fachliche Kenntnisse und Qualifikationen, EDV, Fremdsprachen, Zusammenarbeit mit Vereinen etc.).

Die Ausbildung zur Lehrkraft besteht aus Lehramtsstudium und pädagogischem Vorbereitungsdienst (Referendariat) mit jeweils abschließenden Prüfungen. Heutige Studienanfängerinnen und Studienanfänger benötigen für die komplette Ausbildung nach jetzigem Stand im Lehramt an Grundschulen, Hauptschulen und Realschulen mindestens sechs Jahre, im Lehramt an Förderschulen und Gymnasien mindestens sieben Jahre und im Lehramt an beruflichen Schulen mindestens acht Jahre.

Bei den nachfolgenden Aussagen zur aktuellen Situation und zu den zukünftigen Einstellungschancen für Studienanfänger ist zu beachten, dass alle Prognosen Unsicherheiten enthalten und dass insbesondere unerwartete gesellschaftliche Entwicklungen (beispielsweise Flüchtlingszüge) und politische Entscheidungen, die den Unterrichtsbedarf beeinflussen (beispielsweise Lehrerarbeitszeit, Inklusion, G8/G9, Klassengrößen) gegebenenfalls zu veränderten Bedarfen führen können.

Lehramt an Grundschulen (G)

- Die Einstellungschancen unterliegen über die Jahre und Jahrzehnte hinweg starken Schwankungen. Aufgrund des zuletzt stark gesunkenen Angebots an ausgebildeten Grundschulkräften sind sie derzeit hoch, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet und in den ländlichen Regionen Nordhessens.
- Tendenziell am gesuchtesten sind die Fächer Musik, Evangelische/

Katholische Religion, Sport, Kunst und Deutsch als Fremd-/Zweitsprache.

- Wünschenswert wäre ein höherer Anteil männlicher Lehrkräfte im Bereich Grundschule.
- Ausblick für Studienanfängerinnen und Studienanfänger: Es werden weiterhin gute bis sehr gute Einstellungschancen für das Grundschullehramt bestehen.

Lehramt an Haupt- und Realschulen (HR)

- Derzeit bewegen sich die Einstellungschancen auf mittlerem Niveau; vergleichsweise gut sind sie in den Fächern Physik, Chemie, Kunst und Musik (diese sind auch für den Quereinstieg ins Referendariat geöffnet) sowie Deutsch als Fremd-/Zweitsprache.
- Ausblick für Studienanfängerinnen und Studienanfänger: Je nach Fach bleiben die Einstellungschancen voraussichtlich im mittleren Niveau. Eine Alternative ist das Lehramt an Förderschulen und Grundschulen.

Lehramt an Gymnasien (GYM)

- Insgesamt entscheiden sich zu viele Lehramtsstudierende für das Gymnasiallehramt; zwischen den einzelnen Fächern bestehen allerdings beträchtliche Unterschiede.
- Derzeit ist der Bedarf an Gymnasiallehrkräften relativ gering. Bei gleichzeitig hohen Bewerbungszahlen ergeben sich hieraus im Durchschnitt niedrige Einstellungschancen. Deutlich über dem Durchschnitt liegen die Chancen mit den Fächern Kunst (bei ableitbarem Zweifach ist unter Umständen ein Quereinstieg ins Referendariat möglich), Musik, Physik und Informatik. Deutlich unter dem Durchschnitt liegen die Chancen mit den Fächern Russisch, Italienisch, Deutsch und Geschichte. Aufgrund der Rückkehr vieler Gymnasien von G8 zu G9 wird der Bedarf an Gymnasiallehrkräften in den Jahren 2020 und 2023 allerdings vorübergehend ansteigen; dementsprechend steigen auch die Einstellungschancen.

- Gymnasiallehrkräfte sind – in der Funktion von Studienrätinnen und Studienräten (höherer Dienst) – in einer Vielzahl von Schulformen einsetzbar, beispielsweise auch an Gesamtschulen und beruflichen Gymnasien. Je größer in diesem Punkt die persönliche Flexibilität, umso höher die Einstellungschancen.
- Lehrkräfte mit Gymnasiallehramt können auch ihre Bereitschaft erklären, in Mangelbereichen eine Einstellung im Lehramt an Haupt- und Realschulen anzunehmen (gehobener Dienst). Wird eine solche Stelle angetreten, kann parallel eine Bewerbung als Gymnasiallehrkraft aufrechterhalten werden.
- Ausblick für Studienanfängerinnen und Studienanfänger: Nach einem vorübergehenden stark erhöhten Bedarf an Gymnasiallehrkräften werden Personen, die heute ein Lehramtsstudium beginnen, nach dem Abschluss ihrer Ausbildung voraussichtlich wieder im Durchschnitt mäßige Einstellungschancen vorfinden, die

Willst du verstehen, wie das Gehirn funktioniert? Möchtest du wissen, was Alzheimer ist? Dann freuen wir uns auf deinen Besuch unter:
www.afi-kids.de

Mach jetzt mit und gewinne einen Button!

ALZHEIMER FORSCHUNG INITIATIVE e.V.

stark von der Fächerwahl und der persönlichen Flexibilität (Schulform, Schulort) abhängen. Eine Alternative ist das Lehramt an beruflichen Schulen, Förderschulen oder Grundschulen.

Lehramt an beruflichen Schulen (BS)

- Insgesamt entscheiden sich zu wenige Lehramtsstudierende für das Lehramt an beruflichen Schulen.
- Die Einstellungschancen unterscheiden sich allerdings je nach beruflicher Fachrichtung; besonders gute Einstellungschancen bestehen in den Fachrichtungen Elektrotechnik, Metalltechnik, Informatik, Chemie-, Physik- und Biologietechnik (CHPB) sowie Sozialpädagogik; bei den allgemeinbildenden Fächern sind vorrangig die Fächer Ethik, evangelische und katholische Religion, Physik, Mathematik und Deutsch als Fremd-/Zweitsprache gesucht. Einige Fachrichtungen, wie zum Beispiel Elektrotechnik und Metalltechnik, sind zudem für den Quereinstieg ins Referendariat geöffnet; dies gilt auch für solche Fachrichtungen wie Gesundheit, für die kein spezielles Lehramtsstudium existiert.
- In der Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung sind die Einstellungschancen wegen einer hohen Konkurrenz von Mitbewerberinnen und Mitbewerbern eher mäßig.
- Ausblick für Studienanfänger: Je nach Fachrichtung bestehen voraussichtlich weiterhin mäßige bis sehr gute Einstellungschancen.

Lehramt an Förderschulen (FS)

- In Hessen werden in Absprache mit den anderen Bundesländern nur die Förderschwerpunkte Lernen, geistige Entwicklung, emotionale und soziale Entwicklung und Sprachheilförderung ausgebildet; in den Fachrichtungen körperliche und motorische Entwicklung, Hören sowie Sehen ist Hessen auf Absolventinnen und Absolventen aus anderen Bundesländern angewiesen.

- Bereits seit längerer Zeit entscheiden sich zu wenige Lehramtsstudierende für das Förderschullehramt.
- Der Bedarf an Lehrkräften mit Förderschullehramt ist aufgrund einer Schwerpunktsetzung der Hessischen Landesregierung im Bereich Inklusion derzeit sehr hoch, das Lehrkräfteangebot reicht für diesen Bedarf bei we-

tem nicht aus. Daher bestehen aktuell hessenweit sehr gute Einstellungschancen in allen Förderschwerpunkten und ganz besonders in jenen, die in Hessen nicht ausgebildet werden.

- Ausblick für Studienanfänger: Voraussichtlich bleiben die Einstellungschancen über einen längeren Zeitraum hinweg sehr gut.

Stiftung Aktive Bürgerschaft

„sozialgenial – Schüler engagieren sich“ Neues Programm für weiterführende Schulen startet in Hessen

Schülerinnen und Schüler engagieren sich für geflüchtete Menschen, organisieren Vorlesenachmittage in Kindergärten oder setzen sich gemeinsam mit Naturschutzorganisationen für Umweltschutz in ihrer Region ein. In der Schule verbinden die Schüler ihr bürgerschaftliches Engagement mit Unterrichtsinhalten verschiedener Fächer – und dies auf systematische Art und Weise.

Der Doppeleffekt: Junge Menschen engagieren sich frühzeitig für die Gesellschaft und lernen mehr und motivierter im Unterricht.

Service-Learning-Programm für Sekundarstufen I und II

Das ist der Grundgedanke von „Service Learning“. Die Stiftung Aktive Bürgerschaft unterstützt mit ihrem Service-Learning-Programm „sozialgenial – Schüler engagieren sich“ Lehrerinnen und Lehrer an Schulen der Sekundarstufen I und II darin, diesen Ansatz umzusetzen. Jetzt startet „sozialgenial“ auch in Hessen.

„sozialgenial stärkt Schülerinnen und Schüler, die Schulgemeinschaft und mit den außerschulischen Partnern das gemeinnützige Engagement vor Ort. Die Mitarbeit bei sozialgenial wird als Unterrichtszeit gewertet und ist entsprechend versichert“, so Hessens Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz in seinem Schreiben an die weiterführenden Schulen in Hessen. Das Hessische Kultusministerium empfiehlt den



© Robert Kneschke – Fotolia

Schulen, sich an dem Programm „sozialgenial“ zu beteiligen. Die Teilnahme ist für die Schulen kostenlos. Für einen praxisnahen Einstieg in das Programm „sozialgenial – Schüler engagieren sich“ bietet die Stiftung Aktive Bürgerschaft für Schulleitungen, Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter drei regionale Fortbildungsveranstaltungen in Wiesbaden, Gießen und Kassel an. „Nachdem in Nordrhein-Westfalen bereits über 80.000 Schülerinnen und Schüler bei sozialgenial mitgemacht haben, freuen wir uns, dieses tolle Programm nun auch in Hessen anbieten zu können“, betont Dr. Peter Hanker, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Aktive Bürgerschaft und Vorstandssprecher der Volksbank Mittelhessen eG.

Termine und Informationen

- sozialgenial-Kreativwerkstatt
Kassel: 26. Januar 2018,
11–16 Uhr

Wer mehr über das neue Programm in Hessen erfahren möchte, kann dies schon jetzt auf der Internetseite www.sozialgenial.de der Stiftung Aktive Bürgerschaft.

Auskünfte geben zudem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung unter der Telefonnummer

030 2400088-0 oder per E-Mail über sozialgenial@aktive-buerger-schaft.de.

Hintergrund

Service Learning ist ein Bildungskonzept, das bürgerschaftliches Engagement und Unterricht verbindet. Es fördert sowohl Bildung als auch Bürgerengagement und Demokratieverständnis.

2009 hat die Stiftung Aktive Bürgerschaft in Nordrhein-Westfalen das

Service-Learning-Programm „sozialgenial – Schüler engagieren sich“ gestartet. Bislang haben sich über 80.000 Schülerinnen und Schüler aus 600 Schulen im Rahmen von sozialgenial in 2.000 Projekten engagiert.

sozialgenial wird gefördert von der DZ BANK AG und weiteren Genossenschaftsbanken. Mit den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Hessen bestehen Kooperationsverträge.

VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm: „Neu gewählte Koalitionen in der Pflicht, Bildungsniveau und -qualität zu optimieren“

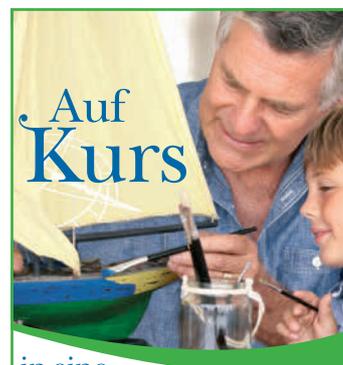
Mit Blick auf die abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen der künftigen Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein betont VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm, dass mit dem Regierungswechsel die Zeit gekommen sei, einer ideologisch geprägten Schul- und Bildungspolitik in einzelnen Bundesländern endgültig den Rücken zu kehren und sich mit realistischen, auf die individuellen Bedürfnisse sämtlicher Schüler eingehenden Bildungswegen zu beschäftigen. „Die mit der Regierungsbildung beauftragten Parteien in beiden Bundesländern sind nun gefragt, sich klar zu den differenzierten Bildungswegen zu bekennen und gerade die Realschulbildungsgänge umfassend zu stärken. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, wie fatal es für die Jugendlichen und das Leistungsniveau ist, sich von bewährten Bildungswegen abzuwenden und ideologischen Wunschträumen nach dem ‚Abi-light für alle‘ hinterher zu jagen. Es darf künftig nicht nur um Abiturquoten und das Hochschulstudium gehen, sondern gerade um die Stärkung hochwertiger mittlerer Bildungswege und die Wertschätzung der beruflichen Bildung. Die Zukunft liegt eben nicht nur in der Frage nach ‚G8 oder G9‘, sondern darin, wie der Übergang der jungen Menschen in ein erfolgreiches Berufsleben erfolgt“, hebt Böhm hervor.

CDU und FDP in NRW kündigen an, die „Aufbruchstimmung“ nach der Landtagswahl für eine „Aufholjagd“ nutzen zu wollen. Laut Koalitionsvertrag bedeutet dies unter anderem, die „Gleichbehandlung aller Schulformen“ wiederherzustellen und die „Benachteiligung von Realschulen“ zu beenden. Außerdem soll an den Realschulen die „Berufsorientierung durch eine Überarbeitung der Lehrpläne im Sinne der Neigungsdifferenzierung“ gestärkt werden. Eine 105-prozentige Lehrerversorgung an allen Schularten wird angestrebt, ebenso sollen die Lehrkräfte gleichermaßen unterstützt wie entlastet werden. Hinzu kommt ein stärkerer Fokus auf die Fachlichkeit und Fachdidaktik in den Fächern.

Böhm reagiert erfreut auf diese Ankündigungen: „Die im Koalitionsvertrag genannten Inhalte sind richtige und wichtige Schritte hin zu einem zukunftsbewussten, auf die Bedürfnisse der Heranwachsenden abgestimmten Bildungssystem.“ Hierzu zähle auch, dass die Digitalisierung an den Schulen laut Koalitionsvertrag vorangetrieben werden soll, beispielsweise indem die Medienkompetenz der Jugendlichen stärker in den Fokus gerückt wird und die Schulen modern und digital ausgestattet werden.

„Es gilt nun, den Ankündigungen Taten folgen zu lassen und aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen.

Zukunftsorientierte Bildungskonzepte und organisatorisch sowie personell gut aufgestellte Schulen spielen eine entscheidende Rolle für die Zukunft unseres Landes. Dabei ist wesentlich, die Qualität der Bildung wieder in den Fokus zu nehmen und sich der Realität in unserer Gesellschaft zu stellen. Wer – wie die ‚Jamaika-Koalition‘ in Schleswig-Holstein – zu wenig Mut zur qualitativen Veränderung in der Bildung aufbringt, muss sich nicht wundern, dass das Land künftig hinter den Anforderungen an moderne Bildung hinterherhinkt“, schließt Böhm.



in eine Zukunft ohne Alzheimer

– das ist unser Ziel. Wenn Sie als Stifter mit uns die Segel setzen wollen, rufen Sie uns an unter: **0211-83 68 06 30**. Gerne senden wir Ihnen unsere Broschüre zu.

 **Stiftung**
Alzheimer Initiative
Stiftung Alzheimer Initiative gGmbH
www.alzheimer-forschung.de/stiftung

Hessen startet neue Fortbildung zur Integration

„Willkommen, Ankommen, Weiterkommen“

Die Hessische Lehrkräfteakademie und die Deutsche Schulakademie haben eine neue Fortbildungsreihe zur Integration von zugewanderten Kindern und Jugendlichen gestartet. In der Pädagogischen Werkstatt „Willkommen, Ankommen, Weiterkommen – Mit neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern Schule gestalten“ werden in den kommenden zwei Jahren 16 hessische Schulen im Umgang mit geflüchteten Kindern noch intensiver und als Multiplikatoren geschult. „Die erfolgreiche Integration dieser Kinder und Jugendlichen mithilfe einer intensiven Förderung der Bildungssprache in den Schulalltag gelingt dann am besten, wenn wir auch die Fortbildung für unsere Lehrerinnen und Lehrer anpassen und auf die besondere Herausforderung reagieren. Dazu wird uns die gemeinsam mit der Deutschen Schulakademie auf den Weg gebrachte Fortbildungsreihe wertvolle Impulse liefern und ergänzt unsere bisherigen umfangreichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich der Integration“, sagte Hessens Kultusminister Prof. Dr. Alexander Lorz heute bei der Auftaktveranstaltung der Fortbildungsreihe in Wiesbaden.

„Die Herausforderung, Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung zu integrieren, ist auch eine Chance, an der das deutsche Schulsystem wachsen kann“, sagte Prof. Dr. Hans Anand Pant, Geschäftsführer der Deutschen Schulakademie. „Sie

kann die notwendige Neuausrichtung hin zu einer heterogenitätsgerechten Bildungspolitik anstoßen und die Entwicklung langfristiger Konzepte für den Umgang mit sprachlicher, kultureller und religiöser Vielfalt in Klassenzimmern voranbringen.“ Die Pädagogische Werkstatt „Willkommen, Ankommen, Weiterkommen“ fördert diesen Prozess in der schulischen Praxis, da sie die Teilnehmenden dabei unterstützt, eine wertschätzende, interkulturelle Schulgemeinschaft mit gleichen Bildungschancen für alle Kinder zu gestalten.

Insgesamt werden 16 Schulen verschiedener Schulformen teilnehmen

Die Teilnehmenden der Pädagogischen Werkstatt werden für den Umgang mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen sensibilisiert und erhalten in Hospitationen Einblicke in erfolgreiche schulische Konzepte. Dabei stehen ihnen Zeit und Raum für Fragen, Gespräche und Diskussionen zur Verfügung, die Denkansätze geben und Grundlagen für Veränderungsprozesse in den Schulen der Teilnehmenden schaffen.

Insgesamt werden 16 Schulen verschiedener Schulformen mit jeweils drei Vertreterinnen und Vertretern (Schulleitungen und zwei Lehrkräften oder Schulpsychologen, Schulsozialarbeiter/in usw.) teilnehmen. Die Fortbildung ist als Pädagogische Werkstatt mit sechs dreitägigen

Bausteinen konzipiert. Sie bietet den teilnehmenden Schulen eine begleitete Arbeit an ihren Schulkonzepten, ergänzt mit Inputs aus den Themenbereichen Sprachbildung, Unterrichtsorganisation, Interkulturalität, psychosoziale Begleitung, kulturelle Bildung, Netzwerkarbeit und Übergangmanagement. Der Wissenstransfer erfolgt u.a. durch Hospitationen an den Preisträgerschulen des Deutschen Schulpreises, durch einen intensiven Austausch mit Schülerinnen und Schülern mit Fluchterfahrung und durch die Begleitung von Expertinnen und Experten aus dem Kreis dieser Schulen.

Hintergrund

Die Erfahrungen des Projektleitungsteams Raika Wiethe und Stefan Brömel stammen aus der Leitung und Umsetzung zahlreicher Lehrerfort- und Weiterbildungen auf dem Gebiet „Deutsch als Zweitsprache (DaZ)/Interkulturelle Bildung und Erziehung“ in Schleswig-Holstein, der langjährigen Arbeit an einem DaZ-Zentrum und an einer Schulpreisschule. Die Deutsche Schulakademie verfügt außerdem über Expertise in der Konzeption und der Entwicklung von Lehrmaterialien in Zusammenarbeit mit einem großen deutschen Schulbuchverlag, in der Neugestaltung der Qualifizierungsmöglichkeiten jugendlicher Geflüchteter im Beruflichen Schulwesen im Land Schleswig-Holstein sowie in der Erstellung eines entsprechenden Lehrplans. Nicht zuletzt ist die Deutsche Schulakademie breit vernetzt mit freien Trägern, Kulturinitiativen, Vertretern der Kammern und politischen Foren. Mit dieser Fortbildungsreihe wird einerseits das bereits bestehende landesweite umfangreiche Fortbildungs- und Weiterbildungsprogramm zum Unterricht von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache der Bildungsverwaltung ergänzt, andererseits die Expertise der Schulen vor Ort wertgeschätzt und deren praktische Erfahrungen in die Region weitergegeben.



Professor Hans Anand Pant mit Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz.

Amtsübergabe beim Deutschen Lehrerverband Heinz-Peter Meidinger übernimmt Präsidentschaft von Josef Kraus

Neuer Präsident des Deutschen Lehrerverbandes DL ist seit dem 1. Juli 2017 Heinz-Peter Meidinger, bis Dezember auch noch Vorsitzender des Deutschen Philologenverbandes DPhV. Im Rahmen einer Präsidiumssitzung in dieser Woche in Würzburg beging das Präsidium des Deutschen Lehrerverbandes die Amtsübergabe des langjährigen DL-Präsidenten Josef Kraus an seinen Nachfolger.



Der neue DL-Präsident Heinz-Peter Meidinger dankte Josef Kraus für 30 Jahre unermüdlige und engagierte bildungspolitische Arbeit für die Anliegen des Dachverbandes und seiner Mitgliedsverbände. Er überreicht ihm auf der Präsidiumssitzung die Urkunde zur Verleihung der Ehrenpräsidentschaft, die der Bundeshauptausschuss des DL Josef Kraus einstimmig verliehen hatte. Meidinger versprach, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, dass es mit dem DL auch weiterhin eine starke Stimme für ein differenziertes Schulwesen in Deutschland geben werde, um die Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen durch Qualität und Leistung zu sichern.

Der Deutsche Lehrerverband vertritt rund 160.000 Lehrkräfte über seine Mitgliedsverbände Deutscher Philologenverband (DPhV), Verband Deutscher Realschullehrer (VDR), Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW), Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Beruflichen Schulen (BLBS) und Katholische Erziehergemeinschaft Deutschlands (KEG).

Oberstudiendirektor Heinz-Peter Meidinger (Jahrgang 1954) studierte die Fächer Deutsch, Geschichte, Sozialkunde und Philosophie und war Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung. Nach Lehrtätigkeit an verschiedenen Gymnasien und als Seminarleiter für das Fach Deutsch in der Lehrerbildung (1997 bis 2003) ist er seit 2003 Schulleiter des Robert-Koch-Gymnasiums Deggendorf in Bayern. Nach zahlreichen Funktionen im Bayerischen Philologenverband und auf Bundesebene im Deutschen Philologenverband ist er seit 2003 Bundesvorsitzender des Deutschen Philologenverbandes, wird aber im Dezember beim DPhV nicht mehr für eine weitere Amtszeit kandidieren, um sich ganz auf seine Aufgabe als ehrenamtlicher Präsident des Deutschen Lehrerverbands konzentrieren zu können.

Oberstudiendirektor Josef Kraus, geboren 1949, studierte die Fächer Deutsch und Sport auf Lehramt und Psychologie auf Diplom. Nach Tätigkeiten als Gymnasiallehrer, Schulpsychologe und Ausbilder von Schulpsychologen war er von 1995 bis 2015 Oberstudiendirektor des Maximilian-von-Montgelas-Gymnasiums in Vilsbiburg. Von 1987 bis Juni 2017 war er ehrenamtlicher Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Buchtitel von Josef Kraus sind unter anderem: „Spaßpädagogik – Sackgassen deutscher Schulpolitik“, München 1998. „Ist die Bildung noch zu retten – Eine Streitschrift“, München 2009. „Helikoptereltern – Schluss mit Förderwahn und Verwöhnung“. Reinbek 2013, „Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt“, München 2017. 2009 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.



Das DL-Präsidium anlässlich der Amtsübergabe in Würzburg (v. l. n. r.): Dr. Ernst G. John (Bundesvorsitzender VLW), Dominik Berdin (Schatzmeister DL), Dr. Horst Günther Klitzing (Stellvertretender Bundesvorsitzender DPhV), DL-Präsident Heinz-Peter Meidinger, DL-Ehrenpräsident Josef Kraus, Wolfgang Lambli (Stellvertretender Bundesvorsitzender BLBS), Dr. Bernd Uwe Althaus (Bundesvorsitzender KEG), Jürgen Böhm (Bundesvorsitzender VDR).

„Ein gewisser Druck in der Schule ist wichtig“

Woher kommt der Leistungsdruck der Schüler? Gibt es ihn überhaupt und wie hat er sich in den vergangenen Jahren verändert? Heinz-Peter Meidinger, Vorsitzender des Deutschen Philologenverbands, im Interview über Schulstress und Prüfungsangst mit Anne Odendahl.

© Deutscher Philologenverband



Heinz-Peter Meidinger ist deutscher Gymnasiallehrer und seit 2004 Bundesvorsitzender des Deutschen Philologenverbands (DPHV). bildungsklick.de sprach mit ihm im Rahmen der didacta 2017 in Stuttgart.

Herr Meidinger, stehen Schüler heutzutage unter einem stärkeren Leistungsdruck als noch vor zehn Jahren?

Meidlinger: Ich bezweifle nicht, dass Schüler unter Leistungsdruck stehen. Ich glaube aber nicht, dass der Druck heute stärker ist als noch vor 10 oder 20 Jahren. Der Druck ist vielleicht ein anderer geworden.

Wie würden Sie diesen anderen Leistungsdruck beschreiben?

Meidlinger: Die Erwartungshaltungen sind gestiegen – sowohl bei den Eltern als auch bei den Kindern selbst. Bei vielen Ein-Kind-Familien lastet zum Beispiel der gesamte Bildungsdruck auf dem einen Kind. Und viele Kinder setzen sich schon früh selbst unter Stress, um ihre selbst gesteckten Ziele zu erreichen.

Wie kann man verhindern, dass Kinder oder Eltern sich selbst unter Druck setzen?

Meidlinger: Das ist schwierig, denn oft ist der Druck nicht direkt. Kinder spüren einen indirekten Druck, weil sie genau wissen, dass die Eltern bestimmte schulische Leistungen von ihnen verlangen. Sie merken, dass die Eltern enttäuscht sind, wenn sie diese Leistungen nicht erbringen. Die Eltern müssen an dieser Stelle umdenken, das Kind und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellen und den Druck rausnehmen. Für die Kinder selbst ist es wichtig, ein gesundes Verhältnis zur Leistung zu gewinnen. Auch die Schule kann einen Beitrag leisten und mehr auf die Schüler eingehen, die beispielsweise unter Prüfungsangst leiden.

Sie selbst unterrichten an einer Schule. Was tun Sie, wenn Sie bemerken, dass ein Schüler sehr unter Druck steht?

Meidlinger: An meiner Schule gibt es u.a. eine Schulpsychologin, die sich um betroffene Kinder kümmert. Darüber hinaus ist es wichtig, viele Gespräche zu führen – mit den Schülern und den Eltern. Vielen Lehrkräften helfen schon kleine Informationen weiter, um mit der Blockade der Schüler in der Prüfungssituation besser umgehen zu können. Denn sonst kann es passieren, dass ein Schüler fälschlicherweise verdächtigt wird, nicht gelernt zu haben, wenn er in der Prüfung nicht die geforderte Leistung erbringt.

Oft sind es ja nur ein oder zwei Schüler, die betroffen sind. Wie kann man genau die auffangen, ohne die Prüfungssituation in der gesamten Klasse zu stören?

Meidlinger: Es wäre falsch, die betroffenen Schüler unmittelbar vor der Prüfungssituation direkt darauf anzusprechen. Das würde den Druck

nur weiter erhöhen. Stattdessen sollte der Lehrer mit der gesamten Klasse agieren, zum Beispiel eine Meditations- oder Beruhigungsphase vor der Prüfung einlegen. Ein kurzes von der Prüfungssituation ablenkendes Gespräch, bevor die Aufgabenblätter verteilt werden, kann die Situation ebenfalls entspannen.

Gibt es für Sie ein gesundes Maß an Leistungsdruck?

Meidlinger: Auf jeden Fall, denn unsere Gesellschaft beruht auf Leistung. Deshalb ist auch ein gewisser Druck in der Schule wichtig. Die Schule hat die Aufgabe, die Schülerinnen und Schüler von den Qualifikationen her, aber auch emotional und psychisch auf die Gesellschaft vorzubereiten. Sie hat die Chance, diesen Lernprozess pädagogisch zu gestalten. Das sollte man nicht aus den Händen geben.



Für eine Zukunft ohne Alzheimer

Spenden und stiften für die Alzheimer-Forschung. Informieren Sie sich unter:
02 11- 83 68 06 3-0



Stiftung Alzheimer Initiative

Stiftung Alzheimer Initiative gGmbH
www.stiftung-alzheimer-initiative.de

Karin Brose, Wolfgang Pfaffe

Survival für Lehrer

Lehrer gewinnen Gestaltungsspielräume für den Schulalltag

Der Schulalltag ist gnadenlos: Lehrer arbeiten immer unter Zeitdruck, oftmals in renovierungsbedürftiger Umgebung, vielfach ohne jede Anerkennung von außen. Dafür steigen die bürokratischen Anforderungen unaufhaltsam. Bei solchen Rahmenbedingungen kann man verzweifeln – oder sie als Herausforderung annehmen.

Die Arbeitssituationen sind stressig, die Schülergruppen heterogener denn je, häufig fehlen elementare Bildungsvoraussetzungen und fachliche und persönliche Anerkennung; der Ruf des Lehrerberufs ist denkbar ramponiert.

Die Autoren dieses Bandes zeigen mit Hilfe vieler Beispiele und Tipps aus langjähriger Praxis Möglichkeiten auf, wie man trotz erschwelter Rahmenbedingungen Schule nicht nur überlebt, sondern im Gegenteil bewusst gestalten kann. Selbstbewusste Pädagogen machen Schüler stark ... und umgekehrt.

Karin Brose ist Studienrätin a. D., Journalistin und Autorin. Sie lebt in Hamburg.

Wolfgang Pfaffe hat Kunst und Kommunikation in Kassel studiert und arbeitet als Fachbuchautor und Trainer in der beruflichen Bildung.



2. Auflage 2009. 160 Seiten, gebunden.
(D) 10,00 Euro, (A) 10,30 Euro

ISBN 978-3-525-61103-6,
ISBN (PDF eBook) 9783647611037

Ein Ratgeber, den Pädagogen wie auch Eltern unbedingt lesen sollten.

Kinderzeit –
Das Bremer Familienmagazin

„Guten Morgen, Herr Harbsmeyer“

Jung, unerfahren und naiv in die Schule. Erlebnisbericht eines jungen Lehramtsstudenten: Wie er seinen ersten Job als Lehrer überlebt hat.

Von Jan Harbsmeyer

Erster Eintrag

Mittwochmorgen. Es ist grau in Hamburg, es ist kalt. Sechs Uhr: Wach werden, S-Bahn, U-Bahn, wach werden. Acht Uhr: Lächeln für die Klasse 7b eines Gymnasiums. Heute steht die erste Stunde Philosophie in ihrem Leben an – und meine erste Stunde Philosophie als Lehrer.

Auf einmal bin ich diese Person mit dem Schlüssel, auf die alle warten. „Sind Sie unser neuer Lehrer?“ wird drei, vier Mal gefragt, bevor ich einmal „Ja“ sagen kann. Freude breitet sich aus unter den etwa 20 Elf- bis Zwölfjährigen. Jugendbonus. Noch musste ich ja nichts machen.

Klassenraum aufschließen, nach ganz vorne gehen und mich vorstellen: Mein Name ist Jan Harbsmeyer, 23 Jahre alt. Lehramtsstudent aus

Münster im Bachelor für Philosophie und Deutsch. Hier in Hamburg für ein Schulhalbjahr als Vertretungslehrer engagiert. Praxiserfahrung? Fehlzanzeige.

So habe ich mich natürlich nicht vorgestellt. Vor der Klasse tue ich, was ich aus Schülerperspektive in Erinnerung habe: Ich schreibe meinen Namen an die Tafel. Aber schreibe ich „Jan Harbsmeyer“, „Herr Harbsmeyer“ oder einfach nur „Harbsmeyer“?

Ich habe mich für die dritte Version entschieden. Ein bisschen aus Verlegenheit, ein bisschen, um ein gutes Maß an Distanz zu wahren. Denn ich möchte souverän wirken, ernst genommen werden. Nicht übertrieben streng, eher freundlich – aber anspruchsvoll. So ein Lehrer möchte ich gerne werden und als

ein solcher jetzt schon wahrgenommen werden.

Auf mein „Einen wunderschönen guten Morgen zusammen!“ folgte das „Guten Morgen, Herr Harbsmeyer“ in diesem langgezogenen Singsang, den Siebtklässler bestimmt schon ziemlich uncool finden. Au weia.

Das Curriculum schlägt vier Themen für den Philosophie-Unterricht in Klasse 7 vor. Ein bis zwei davon sollte ich in meiner Zeit behandeln. Da wäre die Frage nach dem Wesen des Menschen (Anthropologie), nach unserem Wissensverständnis (Erkenntnisphilosophie) und nach dem richtigen Handeln – individuell wie politisch (Ethik/politische Philosophie). Ich will diese Entscheidung nicht treffen und gebe deshalb eine Einführung ins Argumentieren. Die Schüler sollen sich in Gruppen einem Thema zuordnen und Argumente dafür sammeln, warum gerade dieses das interessanteste und wichtigste sei.

Und siehe da: Die Klasse arbeitet tatsächlich. Meine Anspannung lässt nach und ich kann das erste

Mal wahrnehmen, wer da eigentlich sitzt. Am Ende weiß ich: Es wird chaotischer, als ich gehofft hatte. Die Schüler sind laut, subjektiv, es mangelt an wirklichen Argumenten – aber sie sind voll dabei. Damit kann ich arbeiten. Meine Hausaufgabe: Souveränität üben. (Geht das eigentlich?)

Zweiter Eintrag

Souveränität hat wohl viel mit Gewohnheit zu tun. Jedenfalls bin ich in den vergangenen paar Wochen souveräner und selbstsicherer geworden. Siebte Klasse, neunte Klasse, zehnte Klasse, temporär Philosophie-Grundkurs in der Oberstufe. Seit ein paar Tagen macht es richtig Spaß.

Doch nun kommt Deutsch dazu – in einer fünften Klasse. Fünf Stunden die Woche. Und ich muss ehrlich sagen, die Kids bringen mich völlig aus dem Konzept. Einfach, weil sie noch richtige Kinder sind, für die ich klare, schriftliche Arbeitsaufträge vergeben muss, in kleine Häppchen aufgeteilt. Die müssen anschließend am besten noch zweimal mündlich erläutert werden. Auf diese Arbeit wie auf das Vorbereiten und Verteilen von Strafaufgaben habe ich gar keine Lust.

Ich will die Schüler selbst denken lassen, will nur ein paar Impulse geben, um sie auf den richtigen Weg zu bringen; aber soweit sind sie noch nicht. Deshalb muss ich ihnen häppchenweise Wissen servieren. Ist ein bisschen wie in den didaktischen Konzepten, die ich irgendwann im Fach Bildungswissenschaften gelernt habe. Das eine war dogmatisch wissensvermittelnd, das andere sah die Schüler als Pflanze, der man beim Wachsen helfen soll. Ich wäre schon lieber so ein Gärtner.

Aber zum Wissen eintrichtern komme ich auch nicht. Noch bevor ich Etui, Unterlagen und Wasserflasche auf dem Pult ausgebreitet habe, soll ich schon zehn Fragen von acht Kindern beantworten. Da schauen mich die Zehn-, Elfjährigen mit großen Augen und offenem Gesicht an und erzählen mir, was sie in der Pause gemacht haben. Adam* steht mitten im Unterricht auf und



© privat

Jan Harbsmeyer studiert Deutsch und Philosophie in Münster. Er nahm sich eine Auszeit und wurde ein halbes Jahr als Vertretungslehrer in Hamburg angestellt.

berichtet nicht nur Moritz*, sondern auch mir in enormer Lautstärke, was er gestern Abend unternommen hat. Moritz ist zwar leiser, aber damit beschäftigt, Tintenpatronen aufzuschneiden und mit der Tinte zu malen. Vielleicht wird er mal ein ganz Großer damit. Tim* hat in der Pause Kreidewasser getrunken. Nina* kommuniziert nur noch schriftlich mit ihren Freundinnen Alice* und Denise*, da diese sie eine Besserwisserin genannt haben.

Abends am Schreibtisch darf ich mich aber noch der Korrektur ihrer Märchenklausuren widmen. Tim schreibt, dass der arme Bauerssohn erst die sieben Dragonballs sammeln und dann den Drachen um Hilfe bitten muss, um die erwünschte Frucht der Wunderbohne zu erlangen und das Herz der Prinzessin zu gewinnen.

Langweilig wird mir hier so schnell nicht.

Ich hätte ehrlich gesagt gekündigt, wenn es länger gedauert hätte

Dritter Eintrag

Die vergangenen zwei Wochen waren aufregend. Seitdem arbeite ich nämlich noch zwei Tage an einer Stadtteilschule. Ich möchte nunmehr all mein Klagen über die Vorbereitungsarbeit am Gymnasium zurückziehen.

An der Stadtteilschule darf ich nämlich gar nichts vorbereiten. Erst am

Morgen lese ich in einer App, was der Arbeitstag bringt. Ich habe keine Ahnung vom Matheunterricht der 7b oder vom Religionskurs der Klassen 5a und b in der 6. Stunde. Keine Ahnung, was ihr Thema ist, keine Ahnung, wer die Kids sind und wie die so drauf sind. Keine Ahnung, wo der Raum ist. Keine Ahnung, was zu tun ist, falls die erkrankten Lehrer mir keine Materialien hinterlassen haben. Was bisher immer der Fall war. Was kann ich machen, wenn ich keine Ahnung habe? Hausaufgaben machen lassen, Referate vorbereiten?

Doch gleich mein erster Kurs hatte natürlich nichts zu tun. Jedenfalls behaupteten die Siebtklässler das. Letztendlich hab ich eine Breakdance-Performance sehen können. Jerun und Asif haben vor der Klasse zu Housemusik getanzt. Die Musik kam vom Smartboard.

Die fanden die Stunde cool. Pädagogisch sinnvoll war's aber auf gar keinen Fall, weder für sie noch für den Rest der Klasse, der über Kopfhörer Musik gehört oder am Handy gespielt hat.

Auch in einer speziellen Klasse für Ausländer war ich. „Internationale Vorbereitungsklassen“ heißen sie in Hamburg, kurz IVK. Das erste Mal war ich als unterstützende zweite Lehrkraft da und habe eigentlich nur zugeguckt. Die Kinder kommen aus Albanien, der Ukraine, Syrien, Libyen, Senegal, Tschechien, Polen, Ägypten. Viele sind Flüchtlinge.

* Namen wurden von der Redaktion geändert

Sprachniveau und Alter sind extrem unterschiedlich. Einfachste Anweisungen auf Deutsch können schon ein Problem sein.

Richtig spaßig wurde es dann am Dienstag drauf. Dass immer zwei Lehrer in eine IVK gehen, ist wirklich sinnvoll. Aber ich – ein 23-jähriger, völlig unerfahrener, nicht einmal ansatzweise fertig ausgebildeter Lehrer – war ganz allein. Ohne Material, ohne eine Ahnung, auf welchem Stand die Schüler sind.

Immerhin, es war Musikunterricht und ich mag Musik. Ich wusste aber überhaupt nicht, wie ich irgendwelche Ansagen machen sollte. Letztlich hab ich im Musikraum Bongos, Pauken und Schellenkränze herausgeholt und Rhythmen vorgegeben. Wir haben dann alle zusammen getrommelt und am Ende einer chaotischen Doppelstunde ein paar deutsche Popsongs mitgesungen. Diente ja schließlich dem Deutsch lernen. War das ein lautes, anstrengendes Chaos!

Aber immerhin wurden mir keine Prügel angedroht, wie einem erfahrenen Lehrer, der einen Kollegen in einer achten Klasse vertreten musste. Schön, so etwas nebenbei im Lehrerzimmer mitzubekommen.

Ich weiß meine Gymnasiasten mittlerweile noch mehr zu schätzen!

Vierter Eintrag

Das Kapitel Lehramt ist für mich nunmehr fürs Erste beendet. Ich gehe zurück an die Uni, nach Münster. Vier Wochen habe ich in der Stadtteilschule gearbeitet, weil ich auch nur so lange wegen des hohen Krankenstandes gebraucht wurde. Ich hätte ehrlich gesagt gekündigt, wenn es länger gedauert hätte. Das war nichts für mich, so unvorbereitet mit den Schülern die Zeit totzuschlagen.

Die Erfahrung dort hat mir auf jeden Fall geholfen, die Leistungen am Gymnasium besser einzuordnen und schätzen zu lernen. Ich habe viele interessierte, kluge oder freundlich-zurückhaltende Schüler und einige sympathisch-witzige Störfriede kennengelernt. Vor allem in den Oberstufenkursen hatte ich eine

tolle Zeit. Je älter die Schüler, desto interessanter war es für mich und desto leichter fiel mir der Unterricht. Aber auch die Kleinen hab ich am Ende ins Herz geschlossen. Die Fünftklässler haben Abschiedsselfies mit mir gemacht und es gab einige Umarmungen.

Was bleibt hängen? Wahrscheinlich der Moment, als ich dem Kreidewassertrinker Tim einen Euro geboten habe, falls er ein ganzes Stück Kreide aufessen würde. Natürlich habe ich die Wette gewonnen, er hat nur ein halbes geschafft. Ist doch auch eine pädagogische Lektion, oder? Die Sechstklässler haben extra eine Klassenratssitzung einberufen, um meinen Abschied zu planen. Zur letzten Stunde haben sie mich dann zum Eis eingeladen. Die höheren Klassen haben mir ein Zeugnis ausgestellt: Sie hielten mich für nett, freundlich, zum Teil sogar zu anspruchsvoll (juhu!) und fanden, dass ich gut erklären könne.

Auch die Lehrer haben mir vertraut: Mein Vertrag wurde verlängert, bis ich zurück zur Uni musste. Zum Abschied lobte mich die Schulleitung für Engagement, Eigenständigkeit und all das Zwischenmenschliche. Ich wurde ganz rot. In der ganzen Zeit kam nie ein Kollege in meinen

Unterricht, um zu prüfen, ob ich klar komme. Ich war voll berechtigter Teil der Zeugniskonferenzen, habe Klausuren gestellt, korrigiert und bin für die Halbjahresnoten meiner Schüler ebenso verantwortlich gewesen wie für den Stoff, auf den ein nachfolgender Kollege aufbauen muss.

Ich wurde allerdings auch vollauf allein gelassen bei der Vorbereitung und bei organisatorischen Dingen, wie an Konferenzen zu denken und diese vor- und nachzubereiten. Ich bin nicht der strukturierteste Mensch; das war zum Teil sehr stressig für mich.

Eine Zukunft als Lehrer kann ich mir gut vorstellen – allerdings als Plan B. Es gibt noch andere Ideen. Arbeiten für eine NGO? Oder in der Bildungspolitik? Dieses halbe Jahr Praxis hat mir gezeigt, wie schlecht mein Studium mich auf die realen Anforderungen vorbereitet und ausgebildet. Vielleicht könnte ich ja irgendwie daran arbeiten, diese Strukturen zu verbessern?

Wir werden sehen. Ich blicke jedenfalls auch mit Plan B optimistisch in die Zukunft. Und will mich für das Vertrauen tausendfach bedanken. Das Gymnasium wird mich noch ab und an mal sehen, ganz sicher.

aus: Zeit online

Schule zwischen Föderalismus und Zentralismus



Dr. Walter Trapp

Wieder einmal leben wir zur Zeit in großer Gefahr, dass unser bewährtes, vielgliedriges Schulsystem abgeschafft werden soll.

Seitdem 2009 die UN beschlossen hat und die OECD und Bertelsmann dieses Bestreben kräftig unterstützen, werden Eltern von Förderschülern heftig gedrängt, ihre Kinder nicht mehr an den Förderschulen zu belassen, sondern der besseren Förderung wegen an weiterführende Schulen wie Hauptschulen, Real-

schulen und Gymnasien zu schicken, getreu der nicht mehr neuen pädagogischen (?) Doktrin: alle Kinder an eine Schule. Seit acht Jahren laufen nun die Versuche, und wenn sie überhaupt laufen, werden sie schöngeredet. Anhand der **Inklusion** sollte gezeigt werden, dass es sogar möglich ist, geistig Behinderte bzw. weniger intellektuell begabte Kinder gemeinsam mit nicht behinderten zu unterrichten. Ein Machbarkeitswahnsinn. Aber kaum ist dieser Angriff auf unser nach unterschiedlichen Begabungen ausgerichtetes Schulsystem von der Schulwirklichkeit, ja sogar von der Realität des Lebens abgebremst, erfolgt ein zweiter Angriff. Seit Tagen wird die

Öffentlichkeit bewegt vom brisanten Thema des **Finanzausgleichs der Länder**, dessen Abmachungen 2020 auslaufen und neu geregelt werden müssen.

Wegen der Inklusion wird es weiterhin Streit geben. Aber mit der Änderung von 13 (dreizehn!) Artikeln der Bundesverfassung wird erneut versucht werden, über das Vehikel des neuen Länderfinanzausgleichs den Bildungszentralismus endlich einzuführen. Die Länder, des ewigen Streits müde geworden, haben inzwischen mit Mehrheit einer neuen Regelung zugestimmt. Es ist zu befürchten, dass sich in nicht ferner Zeit auch wieder eine Regelung für eine Zweidrittel-Mehrheit findet, die den Bildungsföderalismus abschafft und der Bund den Bildungszentralismus nach fast 150 Jahren im deutschen Schulwesen endlich einführt.

Die Neuregelung hatte zum Ziel, endlich die mühseligen jahrzehntelangen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zu beenden. Wie war das bisher? Die reichen Länder klagten, dass sie die armen Länder alimentieren müssten und dies kein Ende nehmen würde. Schließlich blieben nur drei von 16 Ländern übrig, die Geberländer. Der Finanzausgleich zwischen den Ländern sollte endlich ganz abgeschafft werden, an seine Stelle sollen Geldzuwendungen des Bundes treten, zehn Milliarden jährlich an die Länder, über 3,5 Milliarden an die Kommunen, und zwar direkt zur Sanierung von maroden Schulen der Länder. Unter den aufgeführten „Wohltaten“ des Bundes sind auch Maßnahmen der „Lehrerbildung“ vorgesehen. Damit erlauben die Änderungen dem Bund, direkt, also unter Umgehung der Länder, die bisher für das Schulwesen voll verantwortlich zeichneten, in die Länder hineinzuregieren. Und wenn eines Tages dem Bund das Geld ausgeht?

Dazu die Süddeutsche Zeitung: „In der Politik freilich lebt der Föderalismus nicht mehr gut, es geht ihm saudreckig, und mit seinem Ruf steht es auch nicht zum Besten, obwohl sein Prinzip ... im Grundgesetz als ewig und unabänderlich verankert ist.“ Mit der kulturellen Vielfalt

der Länder wird es dann eines Tages vorbei sein. Die Tagesblätter sind voller Klagen von Bürgermeistern und Landräten, und voller Befürchtungen, dass die Verantwortlichkeiten durch die neue Regelung noch mehr verwischt würden. Berlin wird eines Tages sagen, „wer zahlt, schafft an“, und schon nach der Bundestagswahl im Herbst könnte das leidige Geld entscheiden, ob zukünftig das deutsche Schulwesen zentralisiert wird oder föderalistisch bleibt.

Eine Entscheidung also durch die Hintertür! Mit dem Verlust der Ländereinheit über unser Bildungswesen könnten die Vertreter des Zentralismus dann endlich unser Bildungssystem plattwalzen und damit die bisherige schon längst angeknackste Schulstruktur ganz zum Einsturz bringen.

Für manches unserer drängenden politischen Probleme ist in der Tat eine zentrale Lösung richtig, aber nicht für das Schulwesen, das wir nicht wie die OECD als Teil der Wirtschaft sehen, sondern der Kultur zuordnen. Eine Bildungspolitik, die in den deutschen Ländern auf lange und sehr unterschiedliche Traditionen zurückblicken kann, also „geworden“ ist, darf nicht zentral gesteuert werden. Kultur ist Verschiedenheit, Kultur ist doch Vielfalt, wie wir meinen. Ein praktisches Beispiel sei erwähnt. Vor einigen Jahren hat die Kultusministerkonferenz (KMK), also ein Gremium, welches die Einheitlichkeit der Länder fördern soll, Leitlinien für die Grundschulen veröffentlicht zum Schreibenlernen durch „Hören“. Der pure Schwachsinn, der in allen deutschen Ländern wütend eingeführt wurde. Einem föderalen Schulsystem wäre es freigestellt gewesen, diesen Murks der KMK einzuführen oder nicht.

Vor Kurzem beschlossen Bundestag und Bundesrat einstimmig (?) 13 Änderungen am Grundgesetz. Manch Abgeordneter, so stand zu lesen, stimmte mit zusammengebissenen Zähnen, manche missmutig, manche mit traurigen Gesichtern, des ewigen jahrzehntelangen Streits müde, der Vorlage zu. Am schlimmsten betroffen, steht auch geschrie-

ben, schien der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Kretschmann, über sein eigenes „Ja“ gewesen zu sein.

Bundestagspräsident Lammert, dem man beipflichten kann, fasste das gesamte jämmerliche Vorgehen zusammen. Als Finanzminister Schäuble die Abgeordneten vor der Abstimmung unterrichtete, dass die Vereinbarung mit der SPD- und CDU-Spitze nicht mehr verändert werden könnte, äußerte Lammert wörtlich: „Ich habe angekündigt, dass ich dieses Ergebnis nicht mittragen kann.“ ... Und zur neuen Finanzausgleichsreform, die eine Entflechtung der Kompetenzen von Bund und Ländern zum Ziel gehabt hätte: „Das genaue Gegenteil findet nun statt. Die Vereinbarung, dass der Bund den Gemeinden direkt Finanzmittel für Schulen überweisen kann ... widerspricht dem einst verfassungsrechtlich beschlossenen **Kooperationsverbot** in der Bildungspolitik.“ Die Kanzlerin, eine Vertreterin des Bildungszentralismus, zeigte sich vor allem zufrieden, dass der Streit zu Ende war. Sie hatte sich zu früh gefreut. Kaum eine Woche später ging der Streit zwischen Bund und Ländern um die zukünftigen Zusagen des Bundes für die Digitalisierung von Schulen wieder los.

Dr. Walter Trapp

Stück
für Stück ...

bauen Sie mit uns an einer Zukunft, in der Alzheimer geheilt werden kann. Möchten Sie weitere Informationen? Schreiben oder rufen Sie uns an unter:

0800 / 200 400 1 (gebührenfrei)

Alzheimer Forschung Initiative e.V.
Kreuzstr. 34 · 40210 Düsseldorf
www.alzheimer-forschung.de

VNL/VDR: „Unterricht light“ schadet Schülerinnen und Schülern

- **Unterrichtsversorgung an vielen Schulen weiterhin desaströs**
- **Große Verärgerung und Frust durch Unterrichtsausfall und Abordnungen bei Eltern, Lehrer und Schülern**

Die Unterrichtsversorgung ist nach Informationen des Verbandes Niedersächsischer Lehrkräfte – VNL/VDR besonders an vielen Oberschulen in Niedersachsen noch immer als desaströs zu bezeichnen. Die Verärgerung darüber wächst bei Lehrkräften wie Eltern, je mehr die desolote Unterrichtsversorgung von „oben“ schönegeredet wird. „Wie groß der Frust bei den Eltern ist, verdeutlicht die Äußerung eines Oberschulelterntervertreters aus dem Kreis Diepholz, der angesichts der desolaten Unterrichtsversorgung und den Abordnungen an Grundschulen mit der Bemerkung zitiert wird, dass man den Eindruck gewinne, dass die Schüler und Lehrer an Oberschulen Menschen zweiter Klasse seien und das Land leichtfertig mit Bildung

umgehe. Schulleiter dürfen sich selbst nicht zu der maroden Unterrichtsversorgung äußern, müssen sich aber den berechtigten Nachfragen der Elternvertreter stellen, was weder leicht noch angenehm ist“, so der VNL/VDR-Landesvorsitzende Manfred Busch.

Die unterversorgten Schulen müssen wegen der schlechten Unterrichtsversorgung den Ganzttag stark einschränken oder sogar vollkommen streichen. Der VNL/VDR stellt dazu fest, dass unter Rot-Grün der Ganzttag zuerst gestärkt worden ist und jetzt wieder zu einem „Ganzttag light“ zu verkommen droht. Letzteren hat Rot-Grün bei der Vorgängerregierung immer heftig kritisiert.

Der VNL/VDR kritisiert Bemerkungen zu den Abordnungen von Gym-

nasial- und Oberschullehrkräften an Grundschulen von einem Angeordneten im Kultusausschuss bzw. von einer Behördenmitarbeiterin in der Kreiszeitung. Demnach seien Abordnungen an Grundschulen für Gymnasiallehrkräfte eine sinnvolle Erfahrung und der Unterricht an Grundschulen für Oberschullehrkräfte eine Bereicherung für diese. Das ist schon starker Tobak und verkennt die Situation. Die von Abordnungen betroffenen Oberschulen und Gymnasien sind oft selbst schlecht versorgt und müssen wegen der Abordnungen Unterricht an der eigenen Schule ausfallen lassen. „Solche Äußerungen grenzen schon an Zynismus, wenn man bedenkt, unter welchen Bedingungen die Abordnungen zustande gekommen sind“, so Busch verärgert.

„Es darf jetzt nicht zu einem „Unterricht light“ an Niedersachsens Schulen kommen. Das Versorgungschaos an den Schulen muss endlich ein Ende haben. Die Leidtragenden sind unsere Schülerinnen und Schüler, die unsere Zukunft sind“, stellt Busch abschließend fest.

Kauder will befristete Lehrer-Verträge abschaffen

Pünktlich mit Beginn der Sommerferien melden sich Jahr für Jahr Tausende Lehrer arbeitslos – und werden danach wieder eingestellt. Damit soll Schluss ein, sagt Volker Kauder. Der Chef des Lehrerverbands hört die Worte wohl ...

CDU und CSU fordern, Lehrerverträge nicht länger zu befristen. Es sei „nicht akzeptabel, dass junge Lehrer sehr oft mit Beginn der Sommerferien in die Arbeitslosigkeit entlassen werden und erst im neuen Schuljahr wieder angestellt werden“, sagte Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) der „Bild am Sonntag“. Als ein Argument dafür nannte er dabei: „Es fehlen überall qualifizierte Lehrer.“ Gute Lehrer gebe es aber nur, wenn der Staat fair mit ihnen umgehe. Deshalb müsse die Praxis der Befristung von Lehrerverträgen „weitgehend beendet“ werden, so Kauder weiter. Der Deutsche Lehrerverband begrüßte die Forderung. Verbandspräsident Heinz-Peter Meidlin-

ger nannte ein Ende der Befristung dieser Verträge „überfällig“. Er übte zugleich aber auch Kritik am Verhalten Kauders – dieser müsse seinen Worten Taten folgen lassen und nun auch zumindest persönlich unter den von der Union gestellten Schulministern darauf dringen, „diese Praxis der Ausbeuter-Verträge ohne bezahlte Ferien zu beenden“. Im Jahr 2016 waren während der Sommermonate 11.400 Lehrkräfte als arbeitslos gemeldet.

Das waren ungefähr 5.800 mehr als in den anderen Monaten. Mehr als jeder Zweite war jünger als 35 Jahre alt.

© DPA



Ein Lehrer verabschiedet seine Schüler in die Sommerferien.

Bildung in Deutschland gelingt nur mit vielfältigen Wegen für junge Menschen

INSM-Bildungsmonitor: VDR-Bundesvorsitzender fordert höheren Fokus auf mittlere Bildungsabschlüsse und Wege in die berufliche Bildung sowie perspektivische und gut finanzierte Personalausstattung an den Schulen.

„Dass erheblich in Bildungsausgaben investiert werden muss, ist eine Notwendigkeit, die sich aus den Ergebnissen des diesjährigen INSM-Bildungsmonitor ergibt – der VDR fordert dies auf Landes- wie Bundesebene schon lange. Gerade angesichts der bestehenden und künftigen Herausforderungen – in Bezug auf Integration und demografischen Wandel beispielsweise – muss vorausschauend geplant werden. Bei den Überlegungen, inwiefern die Bildungssysteme der einzelnen Länder gestärkt werden können, dürfen jedoch keine Notlösungen oder Strukturexperimente die Oberhand gewinnen. Die einzelnen Indikatoren müssen genau und kritisch überprüft werden. Ebenso wichtig ist, sich

nicht nur auf die Stärkung einiger weniger Bausteine zu konzentrieren. Die Ganztagschule ist beispielsweise kein ‚Allheilmittel‘ und darf nicht einseitig überhöht werden“, kommentiert Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer (VDR), Ergebnisse und Diskussionen rund um den INSM-Bildungsmonitor 2017.

Wesentlich für die ‚Bildungsrepublik Deutschland‘ sei vor allem auch, die Wege in die berufliche Bildung zu stärken und die große Bedeutung der mittleren Bildungsabschlüsse und der Realschulen anzuerkennen. Diese Schularten seien es, die den Absolventen durch ihre spezifische Ausbildung hervorragende Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt böten

und so zur wirtschaftlichen Sicherheit der einzelnen Bundesländer beitragen würden, so Böhm weiter.

„Angesichts der katastrophalen Zustände in einigen Bundesländern, die aufgrund von Reformen und Experimenten entstanden sind, fordert der VDR eine klare, gut finanzierte und perspektivische Personalplanung. Für eine zukunfts- und bedarfsorientierte Bildung in Deutschland ist entscheidend, dass es differenzierte Angebote gibt – von den einzelnen Schulformen bis hin zur Lehrerbildung.

Nur so können Qualität und pädagogischer Mehrwert weiterhin im Fokus stehen, nur so kann individuell auf die Bedürfnisse und Begabungen der einzelnen Schüler eingegangen werden. An den Schulen selbst muss der Fokus auf Qualität, Leistungsorientierung und modernen Unterrichtsmöglichkeiten liegen – hierzu gehört auch der Digitalisierungsprozess, der weiter vorangetrieben werden muss“, fordert der VDR-Vorsitzende.

Studie: Viel mehr Medienkonsum als Sport bei Jugendlichen

Ein internationales Forscherteam hat Zusammenhänge zwischen Mediennutzung und körperlicher Aktivität untersucht.

Im Routine-Tagesablauf haben die modernen Medien bei Jugendlichen allen anderen Beschäftigungen – auch dem Sport – eindeutig den Rang abgelaufen: 10,3 Stunden Medienkonsum an Wochentagen und gar zwölf Stunden an den Wochenenden stehen 5,1 Stunden Sport pro Woche gegenüber. Das hat eine Studie mit 391 Heranwachsenden im Alter zwischen zehn und 14 Jahren in Tirol ergeben. „Als Teil eines zunehmend komplexen Freizeitverhaltens in der Jugend ist der Gebrauch von Medien ein bedeutender und bestimmender Faktor für die sportlichen Aktivitäten und die motorischen Leistungen“, so Prof. Dr. Sebastian Kaiser-Jovy (Hochschule Heilbronn). Gemeinsam mit Anja Scheu (Johannes Gutenberg-Uni-

versität Mainz) und Prof. Dr. Klaus Greier (Uni Innsbruck) hat er die Studienergebnisse kürzlich in der renommierten „Wiener Klinischen Wochenschrift – The Central European Journal of Medicine“ veröffentlicht.

Das internationale Forscherteam hatte in einem aufwendigen Testverfahren bei 391 Kindern und Jugendlichen aus 16 Tiroler Schulklassen (Neue Mittelschule und Gymnasium) im Alter zwischen zehn und 14 Jahren einerseits den Body-Maß-Index und die motorischen Fähigkeiten bestimmt, andererseits deren Medienkonsum erfragt. Im Durchschnitt betätigten sich die Kinder und Jugendlichen an 4,4 Tagen der Woche sportlich. Das erfolgte durchschnittlich über einen Zeitraum von 5,1 Stunden.

Wie sehr der Medienkonsum in Konkurrenz zu allen anderen Aktivitäten des täglichen Lebens treten muss, zeigen folgende Erhebungsdaten: Im Durchschnitt hatte jeder der Heranwachsenden 5,6 der folgenden Medien/Geräte zur Verfügung: Fernsehen, Mobiltelefon, Smartphone, Tablet, PC/Laptop, stationäre und portable Spielkonsolen, CD-Spieler, MP3-Player und Radio. Sie selbst hatten im Durchschnitt zwei Drittel der Geräte im Besitz. 31,1 Prozent gaben an, sie könnten ohne Smartphone nicht leben. Das spielte sich quer durch alle sozialen Schichten ab. Die Anzahl der verfügbaren Medien ist dabei unabhängig vom Alter, dem Schultyp oder dem sozialen Status der Familien, auch unabhängig vom eventuellen Migrationshintergrund.

Zehn bis zwölf Stunden Medienkonsum am Tag

Nahm man alle Medien in Betracht, benutzten die Heranwachsenden die Geräte pro Tag im Durchschnitt 10,3 Stunden lang (Mehrfachnen-

nungen), Samstag und Sonntag waren es bereits zwölf Stunden. Der Konsum von Medien mit Bildschirmen machte davon unter der Woche im Durchschnitt 8,2 Stunden aus, am Wochenende 9,9 Stunden. Die Gesamtwerte waren bei den Jungen um 2,5 Stunden höher als bei den Mädchen.

Starker Medienkonsum und ein hoher BMI-Wert korrelieren negativ mit sportlichen Aktivitäten und den motorischen Fähigkeiten, so die Autorinnen und Autoren. Allerdings seien

das keine sprichwörtlichen Einbahnstraßen: Die Faktoren bedingen sich gegenseitig und können sowohl Ursache als auch Nebeneffekt sein.

„Man muss kritisch sagen, dass Medienkonsum die sportlichen Aktivitäten und noch weniger die motorischen Fähigkeiten per se beeinflusst. Es handelt sich eher um einen ‚Zeit-Killer‘ und ist damit Teil des komplexen Freizeitverhaltens der Jugendlichen“, schreiben die Fachleute.

aus: Lehrer online

Hohe Anerkennung der Bevölkerung für den Lehrerberuf

„Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“ 2016: Positive Ergebnisse für Lehrer, den Beamtenstatus und Schulen

Der Lehrerberuf gehört nach wie vor zu den Berufen mit dem höchsten Ansehen – er genießt eine hohe Anerkennung in der Bevölkerung, dies ergibt die „Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“ 2017, gemeinsam durchgeführt vom dbb und dem Meinungsforschungsinstitut FORSA. Im Vergleich zur ersten „Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“ von 2007 ist das Ansehen der Lehrerschaft sogar um zwölf Prozentpunkte auf 75 Prozent gestiegen. Schulen belegen weiterhin Platz 1 der Top Ten der Behörden und Einrichtungen.

Für den öffentlichen Dienst und die Beamtenschaft ist generell eine positive Imageentwicklung zu verzeichnen. Beamte werden beispielsweise von der Mehrheit der Befragten als pflicht- und verantwortungsbewusst, zuverlässig und kompetent eingestuft – die positiven Attribute, die ihnen zugeschrieben werden, haben seit der letzten Befragung weiter zugenommen.

„Die Umfrage bestätigt die Wichtigkeit des Lehrerberufes und der Bildungseinrichtungen einmal mehr – gerade auch die jungen Menschen zählen auf gute Bildung mit allem, was dazugehört. Nun gilt es, den Lehrkräften – sowohl den bereits an den Schulen tätigen als auch den angehenden Junglehrern – gute berufliche Perspektiven und klare Rah-

menbedingungen im Schulsystem zu bieten. Hierzu zählen vor allem stabile, auf Qualität ausgerichtete und verlässliche Schulstrukturen, der Beamtenstatuts sowie Beförderungsperspektiven“, äußert sich Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer (VDR), zu den Umfrageergebnissen.

Investitionen des Staates, ob in Form von Planstellen oder auf die Ausstattung der Schulen bezogen, seien hierbei wesentliche Zukunftsfaktoren. Bildung habe endgültig als Einsparungs- und Experimentierbereich ausgedient, erklärt Böhm. „Die jungen Menschen in unserem Land haben ein Recht auf qualitativ anspruchsvolle Schulabschlüsse, die ihnen berufliche Perspektiven eröffnen.“

Der Lehrermangel in einigen Bundesländern zeugt genau von diesen Versäumnissen, den ‚Einsparungsexperimenten‘ und ideologisch motivierten Vereinheitlichungsfantasien der vergangenen Jahre. Vor allem einer qualitativ anspruchsvollen und differenzierten Lehrerausbildung kommt perspektivisch eine bedeutende Rolle zu – die Gewinnung und Ausbildung künftiger Lehrkräfte ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und für die Qualität der Bildung unserer Kinder“, konstatiert der VDR-Bundesvorsitzende.

Landesfrauentag des dbb Hessen bestätigt Sonja Waldschmidt

Der Landesfrauentag des dbb Hessen, Beamtenbund und Tarifunion, bestätigte in Fulda fast einstimmig die Landesvorsitzende der dbb-Frauenvertretung, Sonja Waldschmidt (Deutsche Steuergewerkschaft), in ihrem Amt. Der Frauentag stand unter dem Motto: „Zukunft braucht Tatkraft-Zukunft braucht Frauen“. Neben den Vertreterinnen des VDL, Nadine Paulus und Gudrun Mahr, nahmen Vertreterinnen aus 40 Mitgliedsverbänden des dbb Hessen an der Veranstaltung teil. Grußworte sprachen der Bürgermeister der Stadt Fulda, Herr Dag Wehner, der Landesbundvorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt sowie Vertreterinnen der politischen Parteien im Hessischen Landtag, Claudia Ravensburg (CDU), Sigrid Erfurth (Bündnis 90/Die Grünen), Lisa Gnadl (SPD) und Marjana Schott (Die Linke). Den Festvortrag hielt die Vorsitzende der dbb Bundesfrauenvertretung, Berlin, Helene Wildfeuer. Die Leiterin des Projektbüros „Gütesiegel Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen“, Susanne Hoffmann-Fessner, stellte dies sehr engagiert vor. Die Hauptthemen der Diskussion waren „Gleichstellung“ und „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“. Der 2. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung belege, dass noch immer die Frauen die Hauptlast der Sorgearbeit trügen. Dies bedeute geringere Aufstiegschancen, geringeres Einkommen und geringere Altersversorgung. Die alte und neue Sprecherin der dbb Frauen Hessen stellte fest: „Die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen stetig verbessert und die Akzeptanz gefördert werden. Es ist aber noch viel Überzeugungsarbeit notwendig.“

Gudrun Mahr



Verband der Lehrer Hessen

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich unterstütze meine eigenen Interessen und erkläre meinen Beitritt zum VDL Hessen. Im Monatsbeitrag sind der Bezug von „VDL informiert“ und weitere Zusendungen eingeschlossen. Der VDL gewährt seinen Mitgliedern kostenlos Rechtsberatung, bei Bedarf auch durch den Justitiar des Deutschen Beamtenbundes sowie Rechtsschutz bei dienstlichen Streitverfahren.

Im Beitrag sind ebenfalls enthalten eine Diensthauptpflichtversicherung bei der DBV und eine Schlüsselversicherung.

Für das Anlegen der Mitgliedsdaten ist es unbedingt nötig, alle Felder der Beitrittserklärung vollständig auszufüllen. Wir bitten um Beachtung und Verständnis!

Name: _____ Vorname: _____

Geburtstag: _____ E-Mail: _____

Straße: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon privat: _____ dienstlich: _____

Amtsbezeichnung: _____ Besoldungsgruppe: _____

Vertretene Fächer: _____ Teilzeit: 1/2; 2/3; ... Wochen-Stunden _____

Dienststelle: _____ Studienseminar: _____

Straße: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Schulform: _____

Beitrag pro Monat: A10/A11 € 12,-; A12/A13/A14 € 14,-; A15/A16 € 16,-
Teilzeit > 1/2 € 11,50; Teilzeit bis 1/2 Altersteilzeit aktiv, Elternzeit € 10,-;
Ehegatten € 10,-; Pensionäre, Altersteilzeit passiv € 8,-;
Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst € 3,50; Arbeitslose € 3,-

Eintritt in den VDL ab: _____

Mit meiner Unterschrift erkläre ich mich damit einverstanden, dass der VDL meine Daten im Rahmen der BDSG automatisiert speichert, verarbeitet und diese verbandsintern nutzt.

_____ den _____

Unterschrift

SEPA-Lastschriftmandat: **Verband der Lehrer Hessen**
Weingartenstraße 50, 61251 Bad Nauheim
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 34VDL00001095360

Mandatsreferenz: _____
Vom Zahlungsempfänger auszufüllen

Kreditinstitut: _____

BIC: _____ IBAN: _____

_____ den _____

Unterschrift der/des Kontobevollmächtigten

Geworben von: _____

Senden Sie die Beitrittserklärung an:
Verband der Lehrer, Mitgliederverwaltung, Wolfsweg 29, 61462 Königstein

* Bitte alle Felder ausfüllen.